

Zukunft der Eingliederungshilfe: Vorentscheidung im September?

Die Gespräche, die Landesdirektor Uwe Brückmann und Erste Beigeordnete Evelin Schönhut-Keil in den vergangenen Wochen mit Oberbürgermeistern, Landräten und anderen kommunalen Repräsentanten zur Zukunft der Eingliederungshilfe führten, machten es wie eine nicht verabschiedete Beschlussvorlage bei der Präsidiumssitzung des Hessischen Landkreistag am 18. Juli deutlich: Zur künftigen Verteilung dieses wichtigen kommunalen Aufgabefeldes gibt es noch immer Klärungsbedarf, sind unterschiedliche Interessen und Auffassungen noch nicht restlos geklärt.

| Mehr zum Thema
Seite 2



Foto: Jörg Daniel

Wachkoma-Patienten:

Flächendeckende Versorgung für Hessen aufgebaut

Auf die Pionierarbeit der vergangenen 15 Jahre bei der Versorgung von Wachkoma-Patienten hat im Mai die Erste Beigeordnete des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen (LWV), Evelin Schönhut-Keil, hingewiesen: „In Hessen gibt es für Wachkoma-Patienten inzwischen eine gut ausgebaute Versorgungskette. Stationäre Pflegeeinrichtungen mit adäquaten fachlichen Standards stehen in allen Regionen mit einer ausreichenden Platzzahl zur Verfügung. Durch die Zusammenarbeit zwischen Kranken- und Pflegekassen, dem LWV als überörtlichem Sozialhilfeträger und den Pflegeeinrichtungen hat sich die Versorgung dieser Menschen in Hessen spürbar verbessert“, sagte die Sozialpolitikerin in Kassel. Auch seien die früher häufig strittigen Fragen der Kostenübernahme inzwischen in weiten Teilen geklärt. Dennoch bleibe es eine vordringliche politische Aufgabe, einen von allen Beteiligten getragenen verbindlichen Rahmen für ein einheitliches Leistungsgeschehen in der Reha-Phase F zu schaffen.

| Seite 8

Aus der Verbandsversammlung

Klinik-Modernisierung:
Auch „Zentrale“ als GmbH

Seite 3

Wortmeldungen

Die Fraktionen der
Verbandsversammlung
zu wichtigen Themen

Seite 6

Barrieretest beim Landesfest

Der LWV beim Hestentag

Seite 14

Weder richtig krank noch völlig gesund

Die Idee der Salutogenese

Seite 22

Menschen im LWV

Geehrt – Gewechselt –
Aufgefallen

Seite 25



Ein einstimmiges Votum für den Erhalt des LWV als überörtlicher Sozialhilfeträger gab die Verbandsversammlung 2005 ab.

Foto: Jörg Daniel

Zukunft der Eingliederungshilfe: Vorentscheidung im September?

Zwar sah die Beschlussvorlage der HLK-Geschäftsstelle die Verlagerung der Eingliederungshilfe vom LWV auf die örtlichen Träger vor, eine solche Entscheidung fasste das Präsidium jedoch nicht. Für die kommende Sitzung am 8. September wird nun eine modifizierte Vorlage erwartet. Kontrovers wurde vor allem die Frage eines neuen Finanzierungsmodells diskutiert, das finanzielle

Verwerfungen bei einem Aufgabenübergang zwischen den unterschiedlich finanzstarken Landkreisen und kreisfreien Städten ausgleicht. Insbesondere die nordhessischen Landkreise sahen beim Wegfall der Umlagefinanzierung eine Benachteiligung ihrer Region.

In den Beratungen hatte Landesdirektor Uwe Brückmann für den Erhalt des Landeswohlfahrtsverbandes als überörtli-

cher Sozialhilfeträger plädiert und dazu vor allem die positive und solide Finanzsituation des Verbandes herangeführt: Im Vergleich zum Haushaltsjahr 2005 habe die Verbandsumlage 2006 sogar um 2 Mio. Euro reduziert werden können, die Finanzplanung für das Jahr 2007 sehe ein Mehrvolumen von lediglich 7 Mio. Euro trotz weiter wachsender Fallzahlen vor. Hier trage, so Brückmann weiter, das Umsteuern von stationären Angeboten zu ambulanten Hilfen Früchte. Eine bundesweit vorbildliche Quote für das Betreute Wohnen ermögliche immer mehr Menschen, in ihrem sozialen Umfeld zu bleiben und wirke zudem kostendämpfend.

Die Beratungen in der bei der Hessischen Sozialministerin eingerichteten Arbeitsgruppe waren im vergangenen Jahr unterbrochen worden, um den Meinungsbildungsprozess bei den Kommunen abzuwarten. Selbstgestecktes Ziel der Arbeitsgruppe ist es, eine Empfehlung für die Landespolitik zu erarbeiten, wo die Hilfen zur gesellschaftlichen Teilhabe für behinderte Menschen in Hessen künftig angesiedelt werden sollen. (jda)

LWV-Haushaltseckwerte für 2007 verabschiedet

Nach den Eckwertedaten rechnet der LWV im kommenden Jahr mit insgesamt 55.528 Fällen, in denen behinderte Menschen Leistungen zur Eingliederung in die Gesellschaft erhalten, und mit daraus resultierenden Kosten der Sozialhilfe in Höhe von 1,102 Mrd. Euro, die den größten Posten im LWV-Verwaltungshaushalt darstellen. Das sind die Kernpunkte der Eckwerte zur Haushalts- und Budgetplanung 2007, die die LWV-Verbandsversammlung im Juli einstimmig verabschiedete. „Wir rechnen im Jahr 2007 mit einer geringeren Fallzahl-

steigerung in der Behindertenhilfe als in den Vorjahren. Dies ist ein Grund, warum auch die Kostensteigerung im Vergleich zu den Vorjahren moderater ausfallen wird. Zudem werden wir wahrscheinlich 2006 ein besseres Haushaltsergebnis als erwartet erzielen und so Überschüsse in den Haushalt 2007 einbringen können. Das ist erfreulich, weil es sich positiv auf die Umlage, die unsere Träger – die Städte und Landkreise in Hessen – zahlen müssen, auswirken wird“, erläuterte LWV-Landesdirektor und Kämmerer Uwe Brückmann die vorgelegten Eckwerte. Brückmann kündigte weiter an, dass trotz der geringen Fallzahlsteigerung und der damit einhergehenden moderaten Kostensteigerung die Bemühungen, in allen Bereichen Kosten zu sparen, weiter forciert werden. Innovative Konzepte im Bereich Arbeit und Wohnen für behinderte Menschen, insbesondere im ambulanten Bereich, sollen weiter ausgebaut werden. Bei den Personal- und Sachkosten in den Verwaltungen sollen ebenso wie in den vergangenen Jahren Einsparungen erzielt werden. (rvk)

Europa in den Fokus nehmen

Der europäische Aktionsplan zu Gunsten behinderter Menschen und andere Programme der Europäischen



Union bieten auch dem LWV die Möglichkeit, durch Projektanträge zusätzliche Maßnahmen zu entwickeln, um die eigenständige Lebensführung behinderter Menschen zu stärken. Die Verbandsversammlung hat daher in fraktionsübergreifenden Anträgen den Verwaltungsausschuss aufgefordert zu prüfen, ob und in welcher Form Mittel der EU für die Zielgruppenmanagements genutzt werden können. Neben der Verbesserung einer eigenständigen Lebensführung soll auch die Integration behinderter Menschen auf dem ersten Arbeitsmarkt im Mittelpunkt stehen. Der Verwaltungsausschuss solle Vorschläge vorlegen, wie die LWV-Interessen bei der EU gestärkt werden können, beschlossen die Abgeordneten ergänzend. (jda)

Die Eckwerte 2007

Einnahmen/Ausgaben 2007	1.312,13 Mio. Euro
Planwert 2006	1.288,84 Mio. Euro
Differenz	+ 23,29 Mio. Euro

Fallzahlen 2007	55.528
Überörtl. Sozialhilfe	
Planwert 2006	54.565
Differenz	+ 963
davon in 215 Fällen Menschen mit einer körperlichen oder einer Sinnesbehinderung, in 420 Fällen Menschen mit einer geistigen Behinderung sowie in 328 Fällen Menschen mit einer seelischen Behinderung. (rvk)	



Vom Eigenbetrieb zur gGmbH einer Unternehmensholding: Hauptgebäude des ZSP Bergstraße.

Foto: ZSP Bergstraße

Klinik-Modernisierung: Auch „Zentrale“ als GmbH

Zur Steuerung der dem Verband gehörenden Unternehmen wird der LWV eine Holding gründen, die als gGmbH oder als GmbH geführt werden soll. Die Holding soll die Kapitalbeteiligungen aller Gesellschaften übernehmen und damit anstelle des LWV Eigentümer dieser Tochtergesellschaften werden. Auch bekräftigten die LWV-Abgeordneten im Juli ihr Votum, die noch als „optimierte Eigenbetriebe“ geführten Zentren für Soziale Psychiatrie (ZSP) und das Sozialpädagogische Zentrum Kalmenhof in Idstein in gemeinnützige GmbHs umzuwandeln. Die Umwandlung in gGmbHs soll zum 1. Januar 2007 wirksam werden. LWV-Landesdirektor Uwe Brückmann sieht in dem Beschluss einen wichtigen Schritt, die Kliniken auf ihrem Weg zu hochwertigeren, patientengerechteren und zugleich wirtschaftlicheren Gesundheitsdienstleistungen zu unterstützen: „Die zahlreichen Gespräche der letzten Monate haben gezeigt, dass der Moder-

nisierungskurs in unseren Einrichtungen gemeinsam von Entscheidungsträgern wie auch von den Beschäftigten getragen wird.“ Die neue Holding ermögliche eine effiziente und flexible Steuerung der örtlichen Gesellschaften, indem sie – in einer schlanken Organisationsform – die Trägerinteressen des LWV als Eigentümer formuliere wie auch vertraglich definierte Dienstleistungen für die Unternehmensgruppe übernehme. „Eine als GmbH geführte Holding ist auch deshalb die geeignete Rechtsform, weil wir so die betriebswirtschaftliche und unternehmerische Eigenverantwortung stärken können.“ Brückmann bekräftigte, dass die Einrichtungen des LWV Hessen über die Holding-GmbH auch künftig in öffentlicher Hand bleiben sollen: „Eine energische Modernisierung ist dafür der beste Garant, denn nur leistungsfähigen, wirtschaftlichen und wettbewerbsfähigen Kliniken gehört die Zukunft“, unterstrich der LWV-Chef. (jda)

Unternehmensname gesucht

Knapp und einprägsam soll er sein, zu Aufgaben und Funktion passen, außerdem einen Bezug zum LWV herstellen – gesucht wird ein markanter Unternehmensname für die neue Holding-Gesellschaft, das „Branding“, wie Marketingexperten sagen würden. Da er auch identitätsstiftend sein soll, hat der Fachbereich Einrichtungen der Hauptverwaltung in einem Rundschreiben alle Mitar-

beiterinnen und Mitarbeiter um Vorschläge gebeten. Diese nehmen die Geschäftsführer vor Ort sowie der Fachbereich 30, Joachim Hübner (Tel. 05 61 / 10 04 – 24 26), bis zum 10. September entgegen. Die endgültige Entscheidung trifft eine Auswahlkommission. Die Mühe lohnt sich: Für die drei besten Vorschläge winkt ein Wochenendtrip für zwei Personen. (jda)

Editorial Rechnungshofprüfung eröffnet Chancen



Foto: privat

Der Hessische Rechnungshof hat in den vergangenen Monaten durch ein Beratungsunternehmen die Haushaltsstruktur des LWV prüfen lassen. Der Bericht enthält die positive und bedeutsame Feststellung, dass der LWV nach Auffassung des Rechnungshofes weiter für die Aufgaben des überörtlichen Trägers der Sozialhilfe zuständig sein sollte. Der LWV könne eine einheitliche Versorgung, zentrale Vergütungsvereinbarungen und ein umfassendes System der Fach- und Finanzplanung für die Behindertenhilfe in Hessen gewährleisten. Eine Reihe weiterer positiver Feststellungen zum Ausbau des Betreuten Wohnens, zum Reformtempo in der Verwaltung und in den Einrichtungen schließt sich an. Der Bericht unterstreicht, dass wir mit unserem Reformkurs, den wir in den vergangenen Monaten deutlich beschleunigt haben, auf dem richtigen Weg sind. Dem Verband ist es gelungen, erhebliche Kostendämpfungspotentiale zu erschließen und die Mittel wirtschaftlich und zugleich bedarfsgerecht einzusetzen. Das kommt nicht zuletzt in den Haushaltsplänen der letzten Jahre zum Ausdruck.

Er zeigt aber auch auf, wo mit aller Kraft weitergearbeitet werden muss: So wurde für Haupt- und Regionalverwaltungen ein Sparpotenzial von 122 Stellen im Bereich der sog. Querschnittsaufgaben errechnet. Seit 2005 haben wir bereits Konsolidierungen im Personalbereich eingeleitet, dabei rund 30 Verwaltungsstellen gestrichen. Für das kommende Jahr prüfen wir schon jetzt, wo weitere Stellen eingespart werden können. Dabei bewegen wir uns im Rahmen der mit der Personalvertretung abgeschlossenen und bis Ende 2007 laufenden Dienstvereinbarung zur Verwaltungsreform. Beschäftigte und ihre Interessenvertretung werden auch in Zukunft einbezogen, der Reformprozess wird kooperativ und transparent weitergeführt. Der Bericht eröffnet Chancen für die Zukunftssicherung des Verbandes, sofern sie zügig und umfassend genutzt werden.

Uwe Brückmann
Landesdirektor



Erfolgreiches Projekt kann fortgesetzt werden: Sozialpädagogin Doris Aumüller.

Foto: Schule am Sommerhoffpark

Schulsozialarbeit in Frankfurt geht weiter

Das erfolgreiche Modellprojekt zur Schulsozialarbeit an der Schule am Sommerhoffpark in Frankfurt kann nach einem einstimmigen Beschluss der LWV-Verbandsversammlung bis zum Ende des Schuljahres 2007/2008 fortgesetzt

werden. Dem Modellprojekt sei es gelungen, so die Abgeordneten, hörgeschädigte Schülerinnen und Schüler besser in das Schulgeschehen zu integrieren, die vor allem wegen ihrer sozialen Situation vor besonderen Schwierig-

keiten beim Schulbesuch stünden. Abschlussbericht wie auch eine Begleituntersuchung hätten dies bestätigt. Die Schule am Sommerhoffpark steht als Förderzentrum hörgeschädigten Kindern und Jugendlichen des Rhein-Main-Gebietes zur Verfügung. Von gegenwärtig 163 Schülern, die den Schulort Frankfurt besuchen, haben 80 % einen Migrationshintergrund, rund ein Drittel haben zusätzliche Behinderungen. Das familiäre Umfeld hemmt das soziale Lernen der Kinder, sie benötigen – durch Hörschädigung und soziale Situation doppelt eingeschränkt – zusätzliche Förderung, um sozial-emotionale wie auch affektive Kompetenzen entwickeln zu können.

Um diese Defizite auszugleichen, wurden im Projekt ein ganzes Bündel von Beratungs-, Vernetzungs- und Qualifizierungsangeboten entwickelt, die bedarfsgerechte Einzelfallhilfen sichern sollen. Ab 2008 ist vorgesehen, die Schule am Sommerhoffpark zur Ganztagschule auszuweiten. Durch die Projektverlängerung wird es möglich, die Fördermaßnahmen weiter anbieten zu können, bevor sie Teil des Ganztags-schulangebotes werden. (jda)

Aufgabenzuwachs bei Sehbehinderten-Schulen

Der LWV wird ab dem Schuljahr 2006/2007 in mehreren Schritten die Schulträgerschaft für alle öffentlichen Schulen für blinde und sehbehinderte Kinder und Jugendliche in Hessen übernehmen. Einer entsprechenden Vereinbarung, die in den vergangenen Monaten zwischen den Kommunalen Spitzenverbänden und dem LWV unter Beteiligung des Hessischen Kultusministeriums verhandelt worden war, stimmte im Juli die Verbandsversammlung zu. Landesdirektor Uwe Brückmann sieht die Aufgabe richtigerweise beim LWV angebunden: „Wegen der Schülerzahlen ist hier eine überregionale Aufgabenbündelung bei den Schulen und den Förderzentren sehr sinnvoll. Auch erreichen wir so eine Schulentwicklungsplanung aus einem Guss.“ Um Synergieeffekte zu nutzen, wolle der LWV die Schulen für sehbehinderte Kinder und Jugendliche an den Standorten, an denen bereits Schulen für Hörgeschä-

digte bestehen, neu einrichten bzw. weiterentwickeln, sagte der LWV-Chef.

Die Schulen für Sehbehinderte bleiben überregionale Beratungs- und Förderzentren. Diese haben neben den Aufgaben als Förderschulen auch den Auftrag, die Integration sehbehinderter Kinder in allgemeine Schulen oder – bei mehrfach behinderten Kindern – in wohnortnahe Förderschulen zu unterstützen. Neu: In Zukunft sollen regionale Steuerungskonferenzen über den besten Förderweg eines sehbehinderten Kindes beraten und die Finanzierung abstimmen. Mit Übernahme der Schulträgerschaft durch den LWV werden die schulischen Angebote der Städte Frankfurt und Kassel geschlossen. Die Vereinbarung sieht als Schulstandorte für den Einzugsbereich Südhessen Frankfurt, für Mittelhessen Friedberg und für Nordhessen Homberg/Efze vor. (jda)



Hilfsmittel ermöglichen Normalität: Eine Schülerin der Johann-Peter-Schäfer-Schule am Lesegerät. Foto: Johann-Peter-Schäfer-Schule

Audit zu Beruf und Familie

Familie und Beruf müssen zusammen passen: Der LWV verstärkt seine Anstrengungen, ein familienfreundlicher Arbeitgeber zu sein. Nach Ausweitung der Telearbeit (siehe LWV-Info Nr. 1/2006) soll nun durch ein Audit (Überprüfung) ermittelt werden, wo noch Handlungsbedarf besteht. Dazu arbeite der LWV eng mit der gemeinnützigen Hertie-Stiftung zusammen, informierte Landesdirektor Uwe Brückmann in der Juli-Sitzung der Verbandsversammlung. Die Stiftung habe das „Audit Beruf und Familie“ als Managementinstrument zur kontinuierlichen Verbesserung einer familiengerechten Personalpolitik entwickelt. Beim Audit werden bestehende Regelungen zu

- Arbeitszeit
 - Arbeitsorganisation
 - Information und Kommunikationspolitik
 - Führungskompetenz
 - Personalentwicklung
- unter dem Gesichtspunkt der Familienfreundlichkeit unter die Lupe genommen und Verbesserungsvorschläge erarbeitet. Am Ende des Audits steht die Zertifizierung „Beruf und Familie“. Unternehmen, die bereits zertifiziert sind, verzeichnen Vorteile im Wettbewerb um qualifiziertes Fachpersonal, auch bei Motivation und Arbeitsqualität wurden bessere Werte registriert. Im Oktober soll das Auditierungsverfahren für die Hauptverwaltung in Kassel abgeschlossen sein, dann werde man bewerten, ob in einem zweiten Schritt die Regionalverwaltungen in Darmstadt und Wiesbaden bzw. die Einrichtungen einbezogen werden sollen, sagte der LWV-Chef. (jda)



Beim kürzlichen Besuch in Siauliai konnten die Mitarbeiter des ZSP Hochtaunus praktische Tipps zu den gespendeten Geräten geben. Links im Bild Alfons Berger, stellvertretender Krankengeldirektor.

Foto: Dieter Becker

Hilfe für litauisches Partnerkrankenhaus

Älter als die EU-Mitgliedschaft Litauens ist die Partnerschaft des Waldkrankenhauses Köppern mit der psychiatrischen Klinik in Siauliai. Sie ist für beide Seiten gewinnbringend: Patienten beider Einrichtungen haben bereits gemeinsame Freizeiten verbracht, Mitarbeiter/innen trafen sich zum Erfahrungsaustausch. Mehrfach gingen Hilfslieferungen nach Litauen. Vor einigen Monaten waren erneut mehrere LKWs in den baltischen Staat unterwegs. Diesmal waren die Fahrzeuge nicht nur mit Betten der früheren Orthopädischen Klinik Wiesbaden und Haushaltsgeräten aus dem ZSP Hochtaunus beladen, auch rund 12 Tonnen medizinisches Gerät aus dem aufgelösten LWV-Hilfsmittellager in Fulda, darunter Rollstühle, Gehhilfen und Ernährungspumpen, fanden den

Weg zu einer neuen Verwendung und trafen in Siauliai auf dankbare Abnehmer.

Über lange Zeit haben die Zielgruppenmanagements leistungsberechtigte, in den meisten Fällen körperbehinderte Menschen aus Hessen für die Dauer ihres Bedarfs mit Hilfsmitteln aus LWV-eigenen Beständen versorgt. Dazu wurde bei der Fa. MAKO Handels GmbH in Fulda ein Lager unterhalten. Durch Gesetzesänderungen in 2004 bzw. 2005 ist ein Großteil dieser Menschen inzwischen über die Krankenkassen versichert, die nun direkt die Versorgung mit Hilfsmitteln sicherstellen. Für einen verbleibenden Kreis von etwa 700 leistungsberechtigten Menschen erschien der Betrieb eines Hilfsmittellagers nicht mehr wirtschaftlich. Ein Großteil der Hilfsmittel wurde daraufhin an die AOK Hessen für den künftigen Bedarf veräußert, zahlreiche durchaus noch funktionsfähige Gegenstände wurden aber ausgesondert und sollten einem gemeinnützigen Zweck zur Verfügung gestellt werden. Aus dem Psychiatrischen Krankenhaus in Siauliai erhielten die LWV-Verantwortlichen die Mitteilung, dass man dort die rund 100 Hilfsmittel gut gebrauchen könne. Einige Wochen später setzten sich die aus Litauen gesandten LKWs vollgepackt in Richtung Heimat in Bewegung. Inzwischen ist das Hilfsmittellager in Fulda – bis auf weiterverwendbare Pflegebetten – vollständig aufgelöst. (jda)

Ambulante Förderung immer wichtiger

Im Schuljahr 2004/05 nutzten in Hessen 1.011 blinde und sehbehinderte Kinder und Jugendliche die überregionalen Beratungs- und Förderzentren, gegenüber dem Schuljahr 1997/98 (680) eine Steigerung um 48,7 %. Von den 1.011 Schülern wurden 331 in den Förderschulen für Sehbehinderte beschult, 680 besuchten wohnortnahe Schulen.

Die Zahl der Schüler in den Förderschulen stieg dabei im gleichen Zeitraum um 12,2 % (36), die Zahl der sehbehinderten Schüler, die ambulant gefördert wurde, aber um 76,6 % (295). Durch die ambulante Förderung wuchs der Anteil der Schüler, die eine wohnortnahe Schule besuchen können, deutlich. (jda)

Die Fraktionen der Verbandsversammlung zu wichtigen Themen



Zukunft der Eingliederungshilfe

FRITZ KRAMER | Fraktionsvorsitzender CDU

Dem Präsidium des Hessischen Landkreistages (HLT) hat Mitte Juli 2006 ein Beschlussvorschlag zur Verlagerung der Eingliederungshilfe auf die örtliche Ebene vorgelegen. Eine Entscheidung hierüber ist auf Anfang September verlagert worden. Das ist für die CDU-Fraktion im LWV Anlass, zu diesem Beschlussvorschlag kritische Anmerkungen zu machen: Der HLT muss berücksichtigen, dass eine Verlagerung ca. 390 Personalstellen des LWV betreffen würde. Die Mehrzahl dieser Arbeitsplätze liegt in Nordhessen. Ihr Wegfall wäre arbeitsmarktpolitisch nicht akzeptabel und kommt für die Hessische Sozialministerin nicht in Frage. Die nordhessischen Landkreise und die

Stadt Kassel befürchten, ohne das Instrument der Umlage die notwendigen Kosten der Eingliederungshilfe nicht aufbringen zu können. Die CDU-Fraktion teilt diese Sorge. Eine unterschiedliche Qualität in der Behindertenhilfe wäre sozialpolitisch ein Rückschritt. Die Finanzkraft der Träger darf nicht das Maß der Hilfe bestimmen. Wir erwarten, dass bei einer Verlagerung der Eingliederungshilfe ein Finanzausgleich greift, der von vornherein die Zustimmung der nordhessischen Landkreise und der Stadt Kassel haben muss. Der Beschlussvorschlag spricht sich – im Falle der Verlagerung der Eingliederungshilfe – nicht klar und unzweideutig für den Erhalt des LWV Hessen aus. Die CDU-Frak-

tion erklärt, dass der LWV erhalten bleiben muss – nicht nur wie in Baden-Württemberg als Institution, die unverbindliche Dienstleistungen anbietet –, sondern als ein Verband, dem zentrale Regelungsbefugnisse zustehen. Eine sozialpolitisch gebotene Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse für die Behinderten lässt sich nur erhalten, wenn ein kommunal verfasster LWV die Legitimation besitzt, in bedeutsamen Fragen für seine Träger verbindlich zu handeln.

Die CDU-Fraktion wird die Reformdebatte auch weiterhin aufmerksam verfolgen und beeinflussen.



Gegen die Entsolidarisierung der Behindertenhilfe

NORBERT LEBER | Stellvertretender Fraktionsvorsitzender SPD

Die Diskussion über die Verlagerung der Eingliederungshilfe ist in der entscheidenden Phase. Es scheint so, dass die Landesregierung das umsetzen will, was das Präsidium im Hessischen Landkreistag (HLT) vorgibt. Das ist schon bemerkenswert, besteht doch die Kommunale Familie nicht nur aus HLT, sondern auch aus Städtetag und Städte- und Gemeindebund. Die viel beschworene Arbeitsgruppe scheint nicht in der Lage zu sein, eigene Vorschläge zu entwickeln. Sie ruht und wartet händeringend auf die Entscheidung im HLT. Inhaltlich wird nicht diskutiert, die Finanzen bestimmen die Debatte. Hieran hat sich eine Nord-Süd-Diskussion entzündet.

Aber genau darum darf es eben **nicht** gehen. Es darf nicht darum gehen, wer gewinnt und wer verliert. Es geht vielmehr um gelebte und praktizierte Solidarität in der Behindertenhilfe. Als Bürgermeister und Kreistagsmitglied in einem südhessischen Landkreis, der an den LWV Hessen mehr an Verbandsumlage zahlt als er an sozialen Transferleistungen zurück erhält, sage ich dies sehr bewusst, denn Darmstadt-Dieburg würde von der Verlagerung finanziell profitieren. Doch all diejenigen, die heute sagen, eine Verlagerung der Eingliederungshilfe auf die Landkreise sei „besser“, bleiben jeglichen Beweis für diese Aussage schuldig. Der einzig erkennbare Grund, dass eine Reihe von

Kreisen diese Aufgabe herabzonen möchte, ist – neben den finanziellen Vorteilen – insbesondere die Angst um die Zukunft der Kreise.

Aus meiner langjährigen Erfahrung kann ich sagen: Der LWV Hessen ist gut aufgestellt. Sicher gibt es noch Einiges zu verbessern in der Verzahnung mit den Landkreisen und kreisfreien Städten. Für die SPD-Fraktion fordere ich daher alle Akteure auf: Schluss mit der Verlagerungsdiskussion und alle Anstrengungen für eine verbesserte Behindertenpolitik im Sinne der betroffenen Menschen!



Neue Wahlperiode der Verbandsversammlung

HOLGER HEUPEL | Fraktionsvorsitzender Bündnis 90/Die Grünen

Die 13. Wahlperiode der Verbandsversammlung geht zu Ende, die Abgeordneten für die 14. Periode sind gewählt. In der Rückschau fällt naturgemäß der Blick zuerst auf das Besondere, während das Alltägliche eher in den Hintergrund tritt. Der Alltag des Sozialparlaments war wieder geprägt vom ständigen Ringen um den Ausgleich zwischen den Verbesserungswünschen unserer Leistungsanbieter und den rauen Wirklichkeiten unserer Leistungsträger. Neu waren verstärkte Tendenzen, die Betroffenen und ihre Selbstbestimmungsrechte wahrzunehmen. Die Besonderheit der vergangenen fünf Jahre

war sicher die neue Mehrheitsbildung in der Versammlung, die dem Verband ein neues Gewicht in der politischen Landschaft Hessens verliehen hat. Offener als je zuvor konnten die wesentlichen Probleme des Verbandes in der öffentlichen Diskussion dargestellt werden. Die Zukunft der Einrichtungen und die zukünftige Gestaltung der Eingliederungshilfe stehen ganz oben auf der Agenda des Verbandes. Für die verbandseigenen Einrichtungen sind inzwischen grundsätzliche, zukunftsgerichtete Entscheidungen getroffen worden. Demokratie belebt! Gerade wenn es Parteien und Fraktionen mit unterschiedli-

chen Grundüberzeugungen im Zusammenwirken gelingt, notwendige Entscheidungen zeitnah zu treffen, folgen wir unserem demokratischen Auftrag. Wenn in diesem Jahr das Kasseler Ständehaus 170 Jahre alt wird und wir gleichzeitig auf 175 Jahre Geschichte Hessischer Verfassung zurückblicken können, erahnen wir etwas von der Bedeutung der politischen Kräfte im Haus der kommunalen Selbstverwaltung. Der hieraus entstehenden Verpflichtung wollen wir auch in der 15. Wahlperiode der Verbandsversammlung des LWV gerecht werden.



Der SPD mangelt es an Geschlossenheit

FERDINAND WALTHER | Fraktionsvorsitzender FDP

Die SPD-Fraktionen im Hessischen Landtag und in der Verbandsversammlung setzen sich immer wieder lautstark für den Verbleib der Eingliederungshilfe beim LWV ein. Offensichtlich stimmten aber mehrere SPD-Landräte im Sozialausschuss des Hessischen Landkreistages für die baldige Verlagerung dieser Aufgabe.

Im Vorfeld dieser Entscheidung wird von der Geschäftsstelle des Hessischen Landkreistages behauptet, dass es um nur 230 Stellen gehe, die dann von den örtlichen Sozialhilfeträgern übernommen werden könnten. Ob das angesichts der weiterhin

unzureichenden Finanzausstattung und geringen Steuerkraft der nordhessischen Kommunen wirklich realistisch ist, ist ebenso unentschieden wie die Frage, ob und inwieweit die Qualitätskriterien bei einer Verlagerung tatsächlich gesichert sind. Abgesehen von der Belastung für die Mitarbeiter, bleibt die Meinung der behinderten Menschen bisher ungefragt!

Die Vorgaben des SGB XII, Maßnahmen und die Kostenträgerschaft einheitlich bei einem Sozialhilfeträger zu bündeln, hat der Hessische Landtag bereits 2004 im Ausführungsgesetz geändert: Die Zuständigkeit kann auch beim LWV verbleiben.

Solange die unzureichende Finanzausstattung einzelner, insbesondere der nordhessischen Landkreise andauert, können diese keine zusätzlichen Aufgaben, schon gar nicht die kostenträchtige Eingliederungshilfe, übernehmen.

Solange der kommunale Finanzausgleich diese Aufgaben nicht berücksichtigt, macht es wenig Sinn, anerkannte und bewährte Angebote der Eingliederungshilfe in Frage zu stellen. Die jeweilige regionale Finanzausstattung der Sozialhilfeträger kann und darf nicht der Maßstab für Qualität und Quantität der Eingliederungshilfe sein!



Keine Planungssicherheit für investive Maßnahmen

ALBERT FRITZ | Fraktionsvorsitzender FWG

Finanzierungsstrukturen der investiven Förderung, die jahrzehntelang funktionierten, die unter allen Beteiligten Vertrauen geschaffen haben, die einen bedarfsgerechten Ausbau der Angebote in der Behindertenhilfe in Hessen ermöglicht haben, sind zusammengebrochen. Die Folgen sind nicht absehbar, wenn nicht umgehend gehandelt wird. 24 Projekte, denen im Beratenden Ausschuss zugestimmt wurde, die nunmehr aber durch das Integrationsamt nicht mehr gefördert werden, stehen vor dem Aus! Das Land Hessen wird die fehlenden Mittel nicht ersetzen. Die Situation für behinderte Menschen, die einen Arbeitsplatz suchen, wird erheblich schwieriger. Der

Bedarf ist gestiegen und kann nicht durch Arbeitsplätze auf dem freien Markt abgedeckt werden. Die Alternative sind Arbeitsplätze in Werkstätten für behinderte Menschen. Bedauerlicherweise wurde ein gemeinsamer Dringlichkeitsantrag der FWG-Fraktion sowie der SPD-Fraktion, in dem die Kompensation der ausgefallenen Mittel über den Investitionsbetrag sichergestellt werden sollte, in der letzten Sitzung der Verbandsversammlung durch die „Jamaike-Mehrheit“ abgelehnt. Mit dem Antrag wäre rechtzeitig Planungssicherheit für alle Projekte hergestellt worden. Mit ihm könnte erreicht werden, dass die Mittel solange über den

Investitionsbetrag finanziert werden, solange sie nicht durch die Ausgleichsabgabe zur Verfügung gestellt werden können. Es gibt derzeit keine andere Alternative, dem steigenden Bedarf gerecht zu werden, es sei denn, das Land Hessen stellt zusätzliche Mittel zur Verfügung. Der jährliche Mehraufwand von 580.000 Euro wurde in dem Beschluss zu den Eckwerten zur Haushalts- und Budgetplanung für das Haushaltsjahr 2007 nicht berücksichtigt. Für die Fraktionen von FWG und SPD steht fest, dass gehandelt werden muss. Der Antrag wird daher zur nächsten Sitzung zur Beratung eingebracht.



Im Workshopteil der Tagung demonstrierte Oliver Haller von der Fa. Reiniger AG, wie ein Pflegebett mit Anti-Dekubituswechseldruckmatratze funktioniert. Foto: Monika Brauns

Fortsetzung von Seite 1

Wachkoma-Patienten: Flächendeckende Versorgung für Hessen aufgebaut

Unter dem Titel „Chancen und Perspektiven für hirnverletzte Menschen in Hessen“ hatten der LWV und zwei Mitveranstalter zu einer Fachtagung ins Ständehaus eingeladen, an der rund 100 Betroffene und Angehörige sowie Mitarbeiter aus Pflegeeinrichtungen und Sozialdiensten teilnahmen. Der Fachtagung folgte am Nachmittag ein Angehörigentreff, zu dem auch ein praktischer Teil zu Pflege und Therapie schädel-hirnverletzter Menschen gehörte. Neben Schönhut-Keil unterstrichen für die Mitveranstalter Bernd Lautenbach, Sprecher der „Landesarbeitsgemeinschaft Phase F Hessen“, sowie Armin Nentwig, Bundesvorsitzender der „Schädel-Hirnpatienten in Not e. V.“, das Rehabilitationsrecht von Patienten in Koma und Wachkoma. Im vergangenen Jahr war der LWV

Kostenträger für 540 Menschen, die in speziellen Pflegeheimen versorgt werden. Wegen der verbesserten Notfall- und intensivmedizinischen Behandlung wächst die Zahl der Menschen konstant an, die eine schwere Schädel-Hirn-Verletzung überleben und anschließend in unterschiedlichen Reha-Phasen versorgt werden: Während in 2003 durchschnittlich 239 Menschen durch Leistungen des LWV versorgt wurden, wuchs die Zahl in 2004 auf 292. 2005 waren es 338 Personen. Inzwischen würden die früher mitunter in Altenpflegeheimen untergebrachten Menschen in spezialisierten Pflegeeinrichtungen versorgt, denen Schönhut-Keil professionelle Arbeit attestierte. Auch habe man dort auf die öffentliche Finanznot reagiert, einrichtungsinterne Ressourcen ausgelotet, Prozesse effekti-

ver gestaltet und Angebote konzeptionell verändert. Die Pflegeeinrichtungen seien somit leistungsfähiger geworden und hätten die Qualität steigern können, sagte die Erste Beigeordnete. (jda)

| Weitere Informationen: www.schaedel-hirnpatienten.de, www.lag-phase-f-hessen.de, www.lwv-hessen.de

Rehabilitation beim Wachkoma

Durch einen Unfall mit Gewalteinwirkung, einen Tumor, eine Blutung oder eine Entzündung des Gehirns, auch durch einen Schlaganfall, kann es zu einer Störung der Verbindung vom Großhirn zum Hirnstamm („Mittelhirn-Ebene“) kommen. Die Betroffenen fallen in ein Wachkoma, auch „Apallisches Syndrom“ genannt, bei dem elementare physische und psychische Funktionen außer Kraft gesetzt sind. Wie lange ein solches Wachkoma anhält, ist nicht absehbar. Die Erholungszeit (Remission) kann viele Wochen, Monate oder auch Jahre dauern. Inwieweit eine teilweise oder weitergehende Wiedereingliederung bis hin zur völligen Normalisierung gelingt, ist u. a. vom rechtzeitigen Einsetzen der Frührehabilitation (Phase B) unmittelbar im Anschluss an die Akutversorgung (Phase A) abhängig. Für Patienten nach einem apallischen Syndrom kommen die Reha-Phasen C - D in Frage, bei vorerst nicht positivem Verlauf benötigt der Patient im Wachkoma Pflegeleistungen der Phase F, mit denen das Rehabilitationspotential erhalten werden soll.

Phase A –	Akutversorgung
Phase B –	Frührehabilitation
Phase C, D, E –	Weiterführende Reha-phasen, Wiedereingliederung in häusliches Umfeld, Schule, Beruf
Phase F –	medizinisch-aktivierende Behandlungspflege

Auf dem Weg zum „Trialog“

„Es gibt nichts Gutes, außer man tut es“ lautete ein zentrales Ergebnis der zweitägigen Fachtagung „Vom Monolog über den Dialog zum Trialog“, die im Juni im Fortbildungszentrum des LWV stattfand. Ziel der Tagung war, die Situation von Psychiatrie-Erfahrenen durch eine an ihren Bedürfnissen ausgerichtete Begleitung zu verbessern. Die-

ses Ziel kann, waren sich die Teilnehmer einig, nur über die Zusammenarbeit aller Psychiatrie-Betroffenen, professionell Tätigen und Angehörigen im sog. „Trialog“ erreicht werden. Daher stand die Verbesserung des Zusammenspiels aller Beteiligten im Mittelpunkt der Tagung, zu der ca. 50 Teilnehmer, unter ihnen der Begründer der Trialog-Idee,

Prof. Dr. Dr. Klaus Dörner, nach Gießen gekommen waren. Ansätze des Trialogs würden auch künftig im Bildungsangebot des Fortbildungszentrums vorkommen, Betroffene sowie Angehörige sollen einbezogen werden, fasste Fachbereichsleiter Werner Sturm die Ergebnisse zusammen. (jda)

Nicht im Abseits: Archive

„Wissen ist Macht“, sagte der englische Philosoph Sir Francis Bacon. „Wissen ist Mist.“, weiß die Arbeitsgemeinschaft nordhessischer Archive, „...wenn man nicht drankommt“. Um Wissen zu bewahren, halten die neun Archive 21.625 Kubikmeter Speicherplatz vor. Eine beeindruckende Zahl, die die Sprecherin der Arbeitsgemeinschaft, LWV-Archivarin Dr. Christina Vanja beim diesjährigen Tag der Archive nannte. Im Mai luden die nordhessischen Archive – darunter das LWV-Archiv – dazu ein, etwas über deren Bestände zu erfahren, unter denen sich so manche historische Kostbarkeit befindet. Dabei dürfte es manchen überrascht haben, dass die Bandbreite der Archivbestände auch das populäre Thema Fußball einschließt, mit welchem die Archive im WM-Jahr die Aufmerksamkeit der Besucher gewinnen wollten. Vom Wahrheitsgehalt der Behauptung „Der Ball ist rund“ konnten sich denn auch Besucher/innen einer kleinen Präsentation

im LWV-Archiv überzeugen, die den Betriebssport in den Mittelpunkt rückte. In seiner überschaubaren sporthistorischen Sammlung zeigte das Archiv Fotos, Urkunden, alte Fußballschuhe und Pokale, zumal das jährlich stattfindende Fußballturnier der Einrichtungen den regelmäßigen Höhepunkt aller Versuche zur Hebung der Leibeskultur beim LWV darstellt.

Ergänzende Führungen belegten Umfang und Bedeutung der wissenschaftlichen Archivierung und boten den Besuchern die Möglichkeit, einige besonders rare Archivalien kennen zu lernen. Auch bestand Gelegenheit, den Archivbesuch am Tischkicker zu beschließen. Von der Vergangenheit zur Gegenwart ist es nicht weit: Am 13. September 2006 treten die Giganten des grünen Rasens erneut gegeneinander an. Dann steigt die neueste Auflage des verbandsweiten Wettstreites in Riedstadt.

Ruth Brede-Deppe/(jda)



1974 – so wissen die Archive – waren die Haare der Kicker länger und die Trikots häufig gestreift. Hier die Mannschaften der Krankenhäuser aus Herborn und Gießen beim freundschaftlichen Kräfteressen.

Foto: KPP Gießen

| Die Publikation „Wissen ist Mist...“ sowie weitere Informationen sind erhältlich beim Archiv des LWV,

Tel.: 05 61 / 10 04 - 22 77 oder unter:
kontakt-archiv@lww-hessen.de



Tagesklinik Bad Homburg verdoppelt Behandlungs- plätze

Das Waldkrankenhaus Köppern bietet seit April 20 teilstationäre Behandlungsplätze in der Tagesklinik Bad Homburg an und hat damit die Platzkapazität verdoppelt.

Die Tagesklinik, die 1998 im Waldkrankenhaus in Friedrichsdorf eröffnet wurde, bezog im November 2001 die heutige Adresse in der Taunusstraße. Dort war sie zunächst auf einer Etage im sog. Haus Berlin untergebracht. Seit April belegt die Tagesklinik auch das darüber liegenden Stockwerk. Nun stehen auf beiden Etagen, die durch eine Wendeltreppe – und barrierefrei durch einen Aufzug – miteinander verbunden sind, rund 600 Quadratmeter zur Verfü-

Das „Haus Berlin“ in Bad Homburg.

Foto: WK Köppern

gung. Für therapeutische Zwecke stehen zwei Werkräume, eine Küche, ein Raum für die Bewegungstherapie, ein Computerraum, verschiedene Gruppen- und Ruheräume sowie Büros für insgesamt acht Therapeuten zur Verfügung. Ein multiprofessionelles Team aus Fachärzten, Fachpflegekräften, Psychologen, Ergotherapeuten und einer Dipl.-Sozialarbeiterin betreut und behandelt hier tagsüber Patienten mit depressiven Erkrankungen, Psychosen, Zwangserkrankungen, Angst- und Persönlichkeitsstörungen. Nachts und an den Wochenenden leben die Patienten in ihrem häuslichen Umfeld. (rvk)

| Informationen über das tagesklinische Angebot:

Tagesklinik Bad Homburg
Taunusstraße 5
61348 Bad Homburg
Tel.: 0 61 72 / 6 87 08-0

KPP Gießen und Polizei-Fachhochschule kooperieren



Freuen sich über den gelungenen Auftakt der Kooperation: Heike Kuhl, pflegerische Stationsleitung an der KPP; Dr. Clemens Lorei, Dozent an der Fachhochschule der Polizei, und Andrea Weiland, Öffentlichkeitsbeauftragte der KPP Gießen. Foto: KPP Gießen

Mit dem Ziel, angehenden Polizisten einen Einblick in die Psychiatrie zu geben und ihnen bereits während ihrer Ausbildung die Auseinandersetzung mit psychiatrischen Erkrankungen zu ermöglichen, kooperieren seit einiger Zeit die LWV-Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie Gießen und der örtliche Fachbereich Polizei der Verwaltungsfachhochschule. Die Zusammenarbeit, so erhoffen sich die Kooperationspartner, soll dazu beitragen, die Polizisten auf spätere Einsätze vorzubereiten und Krisensituationen, in die Menschen geraten können, möglichst gewaltfrei und in gegenseitiger Achtung zu bewältigen.

Jeder der Fachschul-Absolventen, so das Ziel von Klinik und Fachhoch-

schule, erhält vor dem Studienabschluss die Gelegenheit zu einem Informationsbesuch, bei dem er einen Überblick über Psychoseerkrankungen, die Behandlungsangebote und die Klinik selbst erhält.

Das Resümee der beiden Info-Veranstaltungen war gut. Insbesondere die Besichtigung einer Station und die Treffen mit Beschäftigten und Betroffenen der Selbsthilfegruppe „Psychoaktiv“ wurde von den Beteiligten positiv bewertet. Das Gespräch und der Austausch über gegenseitige Wünsche und Erwartungen in entspannter Atmosphäre, so waren alle Seiten sicher, werden zukünftig zur Entschärfung brisanter Situationen beitragen. (rvk)

Verbesserung der klinisch-psychiatrischen Versorgung im Schwalm-Eder-Kreis

Um die klinisch-psychiatrische Versorgung im Schwalm-Eder-Kreis zu verbessern, sollen kurzfristig im Klinikum Melungen eine psychiatrische Tagesklinik mit 15 Plätzen und eine Institutsambulanz eingerichtet werden. Langfristig soll im nördlichen Kreis auch ein stationäres Angebot mit 40 Betten entstehen. Die Standortfrage muss noch geklärt werden. Diese neuen psychiatrischen Angebote sollen vom Zentrum für Soziale Psychiatrie (ZSP) Kurhessen, bei dem bereits der Versorgungsauftrag liegt, entwickelt und dauerhaft betrieben werden. Das sieht eine Vereinbarung vor, die der LWV als Träger der psychiatrischen Einrichtungen, der Schwalm-Eder-Kreis sowie die Schwalm-Eder-Kliniken jüngst unterzeichnet haben.

„Wir freuen uns über die Unterzeichnung des Vertrages, weil wir damit wieder ein Stück Gemeindenähe in der psychiatrischen Versorgung in Hessen erzielen können. Außerdem besteht mit dem Schwalm-Eder-Kreis bereits eine enge Kooperation bei der Versorgung von Menschen mit psychiatrischen Erkrankungen, so dass wir sicher sind, alle vor uns liegenden Pläne partnerschaftlich umsetzen zu können“, kommentiert LWV-Landesdirektor Uwe Brückmann. (rvk)



Erfolgreicher Dialog

Um die „Barrieren in den Köpfen“ geht es im Frankfurter Dialogmuseum. Das Museum lädt, bisher mit großem Erfolg, sehende Menschen in die terra incognita der Nichtsehenden ein, animiert sie, im Dunkeln ihre sonstigen Sinne zu schärfen: Durch Erasten, Erfühlen und – im Restaurant „Taste of Darkness“ – beim Erschmecken. Kürzlich hat die Stadt Frankfurt das vom LWV-Integrationsamt

Barrierefrei Denken und Handeln

Foto: Dialogmuseum Frankfurt

geförderte Dialogmuseum ausgezeichnet: Geschäftsführerin Klara Kletzka konnte den alle zwei Jahre vergebenen Preis für barrierefreie und behindertenfreundliche Betriebe entgegennehmen. Das Museum fördert nicht nur neue Erfahrungen und Einsichten bei seinen Besuchern, es leistet auch selbst einen Beitrag zur gesellschaftlichen Teilhabe behinderter Menschen: Von den 36 Beschäftigten des Museums sind 24 behindert. (jda)



In Prozessen denken: Plenum der Fachtagung „Unternehmen Psychiatrie“. Foto: ZSP Kurhessen

Fachtagung: Wie werden Kliniken zukunftsfähige Unternehmen?

Wirtschaftlichkeit und gute psychiatrische Versorgung der Patienten stehen nicht im Widerspruch. Dieses und andere Themen standen im Mittelpunkt einer von mehr als 200 Führungskräften des Gesundheitswesens besuchten Fachtagung, die das ZSP Kurhessen im Juni gemeinsam mit dem Krankenhausberatungsunternehmen Münster & Partner in Kassel anbot. Die Experten berieten während der zweitägigen Veranstaltung, wie Interessen und Bedürfnisse

der Patienten stärker in den Behandlungsabläufen berücksichtigt werden können, auch, wie das System weiter in Richtung auf ambulante Leistungen umgebaut werden kann. Wer angesichts einer sich zwischen Kosten und Erlösen weiter öffnenden Schere eine Verschlechterung der Versorgungsqualität verhindern wolle, müsse organisatorische Abläufe und Behandlungsabläufe auf den Prüfstand stellen, betonte Herbert Dreisbach,

Betriebsleiter des ZSP Kurhessen. Kosten könne man nicht mit der „Rasenmähermethode“ begrenzen: Vielmehr ginge es darum, Prozesse der Leistungserbringung zu analysieren und sie anschließend effizienter zu gestalten.

In den Ansätzen eines systematischen Veränderungsmanagements sieht LWV-Landesdirektor Uwe Brückmann einen Weg, mit dem sich die psychiatrischen Kliniken auf künftige Herausforderungen einstellen könnten. Auch für den LWV-Chef stehen die Kliniken angesichts des anhaltenden Kostendrucks in einem Spagat von Wirtschaftlichkeit und Qualität. Prof. Dr. Heinrich Kunze und Walter Kistner vom ZSP Kurhessen skizzierten, wie angesichts wechselnder stationärer, teilstationärer und ambulanter Behandlungsphasen durch Änderungen der Organisationsstrukturen eine therapeutische Kontinuität gesichert werden kann.

Zahlreiche Fachvorträge und Workshops folgten. Die Fachtagung „Unternehmen Psychiatrie“ wird jährlich von der Fa. Münster & Partner in Kooperation mit einem Krankenhaus oder Krankenhausträger veranstaltet. Die Fachtagung steht für das Spannungsfeld, in dem sich psychiatrische Kliniken als wirtschaftlich handelnde Unternehmen befinden. (jda)

| Weitere Infos unter www.zsp-kurhessen.de und www.krankenhausberatung.com

20 Jahre Frühförderung

Ihr 20-jähriges Jubiläum beging die Frühförderstelle für blinde und sehbehinderte Kinder in Kassel, eine Außenstelle der Friedberger Johann-Peter-Schäfer-Schule, im Juni mit einer Fachtagung zum Thema „Sehbehinderung und Blindheit im Kindesalter“. Vier Vorträge namhafter Referenten richteten sich an ein Forum aus Teilnehmern der

pädagogischen, medizinischen und therapeutischen Einrichtungen Nordhessens. So sollte die Vernetzung der unterschiedlichen Fachdisziplinen der Frühförderung sehgeschädigter Kinder in der Region unterstützt werden. Die Frühförderstelle Kassel begann 1986 mit einer Honorarkraft, die zehn Stunden tätig war. Heute betreuen 7 Sozialpädagoginnen mit insgesamt 5 Vollzeitstellen in Nordhessen rund 100 Familien. In den vergangenen 20 Jahren haben rund 450 Kinder und ihre Familien von der Frühförderung profitiert. (rvk)

Vorstellung von Fördermaterialien bei der Tagung.

Foto: Frühförderstelle Kassel



Aus einer Hand

Der Rheingau-Taunus-Kreis hat als sechzehnte kommunale Gebietskörperschaft mit dem LWV eine Vereinbarung zur Übernahme der örtlichen Aufgaben der Kriegsofopferfürsorge abgeschlossen. Kriegsbeschädigte, Kriegshinterbliebene und die anderen Leistungsberechtigten finden nun im LWV ihren alleinigen Ansprechpartner. Betreut werden sie vom Regionalmanagement Kriegsofopferfürsorge in Wiesbaden. (jda)

| Regionalmanagement KOF Wiesbaden,
Frankfurter Str. 44, 65189 Wiesbaden,
Claudia Nikodemus,
Tel.: 06 11 / 1 56 – 3 82,
E-Mail: claudia.nikodemus@lww-hessen.de



Foto: Jörg Daniel

Schmerzhaftes Erinnerungen, die nicht vergehen – Autor Peter Wensierski vor dem Plenum.

Foto: LWV-Pressestelle

„Aus der Geschichte lernen“ – Großes Interesse bei Tagung zur Heimerziehung

Der Aufarbeitung der Heimerziehung in den 50er und 60er Jahren, aber auch den heute zu ziehenden Schlussfolgerungen widmete sich im Juni eine Tagung, die rund 260 Teilnehmerinnen und Teilnehmer nach Idstein führte. Unter den Teilnehmern der Tagung – Veranstalter waren neben dem LWV die Internationale Gesellschaft für erzieherische Hilfen e. V. (IGfH) und das Nachrichtenmagazin DER SPIEGEL – befanden sich zahlreiche ehemalige Heimkinder, die LWV-Landesdirektor Uwe Brückmann besonders herzlich willkommen hieß. Beflügelt durch die Publikation des SPIEGEL-Redakteurs Peter Wensierski findet seit Monaten eine breite gesellschaftliche Debatte über die Heimerziehung in den Nachkriegsjahrzehnten statt, die durch autoritäre und repressive Formen geprägt war.

Am 5. April 2006 habe sich die Versammlungsversammlung des LWV durch eine einstimmig angenommene Resolution bei den Heimkindern für die erlittenen Verletzungen und Demütigungen entschuldigt, leitete Brückmann die Veranstaltung ein. Mit der Entschuldigung wolle der LWV, soweit dies möglich sei,

einen Beitrag leisten, Leid zu mindern. Dies, so der LWV-Chef weiter, sei jedoch nicht der erste Schritt des LWV zur Aufarbeitung: Als ein in der damaligen Zeit wichtiger nichtkonfessioneller Heimträger in Hessen habe er nach der kritischen gesellschaftlichen Debatte Ende der sechziger Jahre einschnei-

„Der Anstoß kam von den Heimkindern im Lande selbst. Denn wir reden ja nicht über ein historisches Problem! Es gibt wirklich Tausende von Menschen, die diese Zeit im Inneren verschlossen hatten, die, wenn überhaupt, bisher vielleicht nur in ihrem engsten Umkreis darüber geredet haben, nun aber, 30 Jahre nach den Geschehnissen, endlich darüber Öffentlichkeit herstellen wollen, um so ihre Probleme zumindest ansatzweise lösen zu können nach jahrzehntelangem Schweigen und Verdrängen.“

Peter Wensierski, Autor des Buches „Schläge im Namen des Herrn“

„Aufarbeitung der Vergangenheit ist Voraussetzung für den Blick nach vorn“ (v. l.): Idsteins Bürgermeister Gerhard Krum, LWV-Landesdirektor Uwe Brückmann und Heinz-Peter Junge, Verein ehemaliger Heimkinder e. V., im Gespräch.

dende Heimreformen umgesetzt. Rund 20 Jahre später wurde die Heimerziehung kritisch untersucht und 1988 durch eine umfangreiche Veröffentlichung dokumentiert. In den vergangenen zwei Jahren habe es mehrere Treffen und regelmäßige Kontakte mit früheren Heimkindern sowie eine intensive Zusammenarbeit mit dem „Verein ehemaliger Heimkinder“ (VEH) gegeben, sagte Brückmann. So konnte der VEH im Idsteiner Kalmenhof gegründet werden.

„Das heutige Kinder- und Jugendhilfegesetz ist eine konsequente strategische Antwort auf das, was wir im Sinne von kritischer Analyse und Erkenntnis aus der Vergangenheit ziehen konnten. Mit dem KJHG besteht seit den 90er Jahren die Möglichkeit, grundsätzlich mit den alten, vordemokratischen und autoritären Strukturen der Jugendhilfe insgesamt und insbesondere bei den Hilfen zur Erziehung Schluss zu machen.“

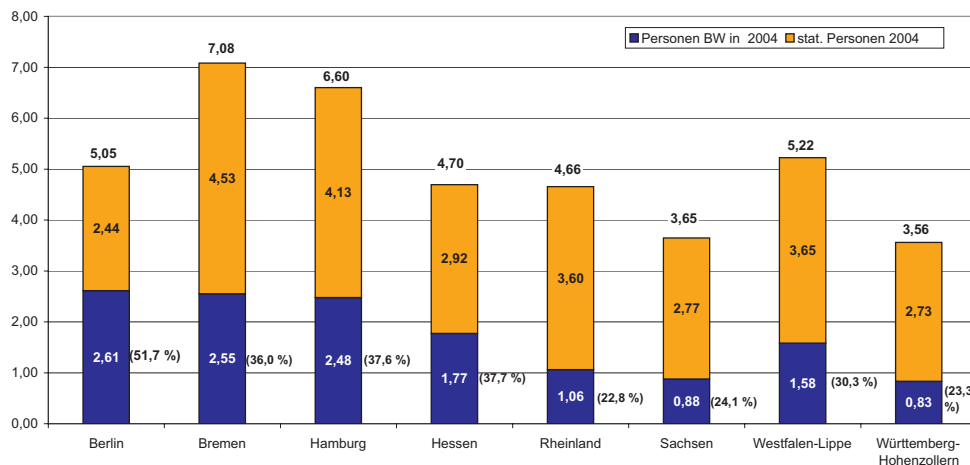
Dr. Hans-Ulrich Krause, Vorsitzender der Internationalen Gesellschaft für erzieherische Hilfen e. V.

Die Heimerfahrungen hätten bei vielen Betroffenen seelische Schäden und Zerstörungen hinterlassen, führte Heinz-Peter Junge als Vertreter der ehemaligen Heimkinder aus. Zwar könne die ausgesprochene Entschuldigung zur Heilung von Wunden beitragen und ein Stück Selbstwert erwachen lassen, bei einer einmaligen Entschuldigung aber dürfe es nicht bleiben. Sie sei ein „kalter politischer Deckel“ auf einem brodelndem Topf. Junge forderte einen runden Tisch mit allen Verantwortlichen. Dieser müsse Mittel und Lösungen finden, die den Problemen der Betroffenen gerecht werden. (jda)

| Die Tagungsdokumentation ist ab Ende August erhältlich beim LWV-Servicebereich Öffentlichkeitsarbeit, Tel.: 05 61 / 10 04 – 20 60, E-Mail: iuk@lww-hessen.de (Kostenbeitrag 8 Euro)

Bundesweites Benchmarking: LWV beim Betreuten Wohnen vorn

Leistungsempfänger im Wohnen für behinderte Menschen pro 1.000 Einwohner
(18 bis unter 65 Jahre) zum Stichtag 31.12.2004
- Betreutes Wohnen und stationäres Wohnen - Ohne Kinder und Jugendliche



Günstige Verteilung: Verglichen mit anderen Flächenländern ist der Anteil des Betreuten Wohnens in Hessen sehr hoch. Quelle: BAGüS: Kennzahlenvergleich der überörtlichen Träger der Sozialhilfe 2003/2004

Fast 38 % der Leistungsberechtigten erwachsenen Menschen mit Behinderungen in Hessen lebt im Betreuten Wohnen. Damit liegt der LWV beim Vergleich aller Flächenländer nach wie vor an der Spitze bei dieser zukunftsgerichteten ambulanten Wohnform. Lediglich Berlin als Stadtstaat kann einen höheren Anteil verzeichnen. Hessen liegt damit auch weit vor dem Bundesdurchschnitt, der 2004 26 % betrug. Diese Zahlen gehen aus dem neuesten, von der Bundesarbeitsgemeinschaft der überörtlichen Sozialhilfeträger (BAGüS) jetzt vorgelegten Benchmarkingbericht hervor. Die Benchmarkingberichte werten umfangreiches Zahlenmaterial zur Entwicklung der Behindertenhilfe aus. In den vierten Bericht flossen die Daten der Jahre 2003 und 2004 ein. Der Bericht verdeutlicht einmal mehr: Anhaltende Steigerungen bei der Eingliederungshilfe waren bundesweit, sowohl bezogen auf die Anzahl der Leistungsbezieher als auch für die Gesamtausgaben, zu verzeichnen. Sie sind die Folge demografischer Entwicklungen. Dennoch verbleiben den jeweiligen Sozialhilfeträgern Steuerungsspielräume, die der LWV erfolgreich genutzt hat: Im Bereich des stationären Wohnens findet, dank des Ausbaus beim Betreuten Wohnen, nur noch ein geringer Platzausbau statt. Hessen liegt hier mit 2,02 Plätzen pro 1.000 Einwohner deutlich unter dem Bundesdurchschnitt (2,48). Moderater verlief

auch der Platzausbau in den Werkstätten und Tagesförderstätten: Wurde von 2000 – 2004 ein bundesweiter Anstieg von 13 % festgestellt, betrug dieser in Hessen lediglich 4 %. Auffällig ist die Entwicklung der Fallzah-

len in den Tagesförderstätten. Hier sind in den letzten Jahren hohe Steigerungsraten festzustellen. Damit hat sich der Anteil der Leistungsberechtigten in Tagesförderstätten von allen Leistungsberechtigten in den Werkstätten bundesweit von 10,6 % im Jahr 2000 auf 12 % in 2004 erhöht.

Die BAGüS will die Benchmarking-Untersuchungen für die kommenden Jahre fortsetzen. Allerdings, so heißt es dort, werde es durch zunehmende Kommunalisierung der Eingliederungshilfe schwieriger, verwertbare Daten für die überörtliche Ebene zu gewinnen. Hier sei es sinnvoll, einen rechtlichen und organisatorischen Rahmen für die Datenerhebung zu schaffen, wenn nicht auf diese wichtigen Steuerungsinformationen verzichtet werden solle.

Uwe Schalm-Blume/(jda)

| Der 107 Seiten umfassende, vierte Benchmarkingbericht der Bundesarbeitsgemeinschaft der überörtlichen Sozialhilfeträger (BAGüS) kann unter Tel.: 02 51 / 5 91 65 30 bestellt werden.





Hoher Besuch: Landesdirektor Uwe Brückmann (l.) begrüßt Ministerpräsident Roland Koch am LWV-Stand. Zwischen beiden die Gattin des Ministerpräsidenten, Anke Koch. Foto: Jörg Daniel

Stolz präsentiert Kevin (8) nach einer durchaus anstrengenden Runde seine neue „Fahrlizenz“. „Dein erster Führerschein?“ „Nee, zweiter.“ „Welchen Führerschein hast Du denn schon?“ „Naja – Fahrradführerschein!“ Rund 3.000 Standbesucher/innen nahmen den nicht ganz ernst gemeinten „Rolli-Führerschein“ mit nach Hause. Sie und viele andere mehr hatten sich am diesjährigen Hessentagsstand des LWV in Hessisch Lichtenau auf eine neue Erfahrung eingelassen, in einen Sportrollstuhl gesetzt und – mit Begleitung – auf den Hindernisparcours begeben. Sie erhielten auf diese Weise einen authentischen Eindruck, wie schwierig es für Rollstuhlfahrer ist, im Alltag mobil zu sein.

Der Rollstuhlparcours, den der LWV zum zweiten Mal nach dem Hessentag 2004 in Heppenheim in Kooperation mit dem Sozialverband VdK anbot, und das

Thema Barrierefreiheit im Internet erwiesen sich erneut als probate Mittel, um mit den Besuchern des Hessentages ins Gespräch zu kommen. Sich in lockerer Form einem eigentlich ernsten Thema zu nähern, das gelang vor allem bei den jüngeren Standbesuchern mühelos. Mitunter bildete sich am Start eine ordentliche Warteschlange, wenn eine ganze Schulklasse die kleine Prüfung bestehen wollte.

Aber auch für fachliche Fragen fanden Interessierte kompetente Ansprechpartner: Mitarbeiter/innen aus den Zielgruppenmanagements waren ebenso vertreten wie die Mitglieder des Verwaltungsausschusses, der während des Hessentages zu einer Sitzung in der Orthopädischen Klinik Lichtenau zusammenkam. Auch Landesdirektor Uwe Brückmann

Barrieretest beim Landesfest



Ziel erreicht: Rollstuhlparcours auf dem Hessentag in Hessisch Lichtenau. Foto: Jörg Daniel

nutzte die Gelegenheit, in seiner Heimatstadt Kontakte zu pflegen und als Gesprächspartner präsent zu sein. Dabei konnte der LWV-Chef an mehreren Tagen prominente Standbesucher begrüßen: Mitglieder der Landesregierung, Abgeordnete des Landtages wie auch kommunale Mandatsträger zögerten nicht lange und wagten sich auf den Parcours. Eine Empfehlung für die Zukunft gab Justizminister Jürgen Banzer, auch langjähriges Mitglied der Verbandsversammlung, dem LWV mit auf den Weg. „In unruhigen Zeiten Nerven behalten, Kurs halten und für Neuerungen aufgeschlossen bleiben“, schrieb er ins Gästebuch. (jda)

Fachtagung: Integrationschancen im Arbeitsleben nutzen

Was macht das Gelingen einer Tagung aus? Dass sie zentrale Akteure an einen Tisch bringt, Informationen und Anregungen vermittelt sowie neue Energie, diese im Alltag auch umzusetzen.

Während der Hessentagswoche ist dies dem LWV-Integrationsamt und dem Landesbezirk des Deutschen Gewerkschaftsbundes geglückt, die zu einer Veranstaltung mit dem Titel „Chancen zur Integration von Menschen mit Behinderungen und Handikaps“ eingeladen hatten. Rund

70 Vertreter schwerbehinderter Arbeitnehmer folgten der Einladung und berieten zu Fragen des Betrieblichen Eingliederungsmanagements sowie zu Änderungen beim Kündigungsschutz für schwerbehinderte Arbeitnehmer.

Die Notwendigkeit gesundheitlicher Prävention betonte dort Dr. Peter Barkey, für das Integrationsamt zuständiger Beigeordneter des LWV. Die Zahl behinderter und chronisch kranker Menschen werde steigen, wenn es den Unterneh-

men nicht gelänge, durch Vorbeugung gegenzusteuern. Dr. Barkey forderte auf, die neuen gesetzlichen Möglichkeiten zu nutzen. Hierzu diene auch eine Aktion des LWV, der drei Betriebe für ein vorbildliches betriebliches Eingliederungsmanagement prämiieren wolle.

Eine kritische Bilanz zog Bernhard Grunewald, Schwerbehindertenvertreter von Opel Rüsselsheim: Die Absenkung der Beschäftigungsquote behinderter Menschen zum 1. Mai 2004 von 6 auf 5 %

habe in Hessen nichts an der viel zu hohen Arbeitslosigkeit behinderter Menschen geändert. Der besondere Kündigungsschutz sei bei dieser Novellierung des SGB IX eingeschränkt, der Ermessensspielraum der Integrationsämter beschnitten worden. „Unternehmen ohne Schwerbehinderte – das ist Armut, kein Reichtum“, so Grunewald, der auf rund 7 % Beschäftigungsquote bei Opel verwies.

Wolfgang Forell, Leiter der hessischen Arbeitsagentur, hatte Zahlen mitgebracht. Für die Integration behinderter Menschen auf dem Arbeitsmarkt habe die Arbeitsagentur im Jahr 2005 183 Millionen Euro aufgewendet. Mittel würden immer dann eingesetzt, wenn ein Integrationserfolg zu erwarten sei. Dazu sei jedoch „mehr als Geld“ gefragt.

Angelika Beier/(jda)



Integrationschancen erhöhen: Teilnehmer der gemeinsamen Tagung von LWV-Integrationsamt und DGB Hessen. Foto: LWV-Integrationsamt



Referiert vor vollem Haus: Dr. Matthias Wildermuth. Foto: Gerhard Förster

Drogen und Psychosen

Dass das Rauchen von Zigaretten zu schweren Erkrankungen führen kann, weiß heute jedes Kind. Dass der Konsum von Cannabis ebenfalls zu schwerwiegenden psychischen Erkrankungen führen kann, ist hingegen relativ unbekannt, auch bei Erwachsenen. Grund genug, um das Thema in den Mittelpunkt des 14. Herborner Arbeits- und Begegnungsforums der Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie des Kindes- und Jugendalters der Rehbergpark gGmbH zu stellen. Rund 150 interessierte Mediziner, Psychologen und Pädagogen nahmen an dem Forum teil, informierten sich über Symptome, Dia-

gnose und Spätschäden von Haschisch-Missbrauch und diskutierten anschließend in Arbeitsgruppen über Konsequenzen für die tägliche Arbeit.

Die häufigsten Folgen von Cannabis-Missbrauch, so führten der Ärztliche Direktor der Klinik, Dr. Matthias Wildermuth und Gert Paschelke, langjähriger Leiter einer Drogenklinik, in ihren Vorträgen aus, seien Motivations- und Aktivitätsverluste bei den Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Schwere Entwicklungs- und Persönlichkeitsstörungen wie auch psychotische Erkrankungen mit Wahnvorstellungen seien möglich.

Früher Einstieg in die Droge und langer Konsum beeinflussten solch negative Entwicklungen.

Die logische Folgerung und Forderung der beiden Arbeitsgruppen daraus war dann auch, sich gegen die bestehende Verharmlosung von Cannabis zu wenden und die Zusammenarbeit von Gesundheitsvorsorge und Jugendarbeit zu forcieren. (rvk)

Das Thema des 15. Herborner Forums Anfang 2007 lautet: „Kinder psychisch kranker Eltern“. Nähere Informationen dazu: ute.benner@rehbergpark.com

Fortbildung mit Qualitätssiegel



Das LWV-Fortbildungszentrum in Gießen arbeitet seit wenigen Monaten unter dem Qualitätssiegel „Geprüfte Weiterbildungseinrichtung“ des Vereins „Weiterbildung in Hessen e. V.“ und hat sich damit überprüfbaren Qualitätskriterien verpflichtet. Der Verein ist ein Zusammenschluss hessischer Bildungseinrichtungen, die sich auf einen gemeinsamen Qualitätsstandard verpflichtet haben. Ziel des Vereins ist es, für Transparenz und Orientierung in der hessischen Weiterbildung zu sorgen und – unausgesprochen – Interessierte vor „schwarzen“ Schafen auf dem mittlerweile stark umkämpften Fortbildungssektor zu schützen. Das Siegel gilt drei Jahre, dann wird erneut zertifiziert. (rvk)

Forensikbeiräte: „Wirkungsvolles Kommunikationsmittel“



Information vor Ort: Mitglieder des Beirates der Klinik für forensische Psychiatrie Haina bei einer Besichtigung. Foto: Martina Biedenbach

Sie leisten einen wichtigen Beitrag zur öffentlichen Sicherheit – dennoch erleben Träger und Mitarbeiter von forensischen Kliniken noch immer Skepsis, Ablehnung und Ängste, die meist von Bürgern der Standortgemeinden geäußert werden. Um diesen Vorbehalten offen und offensiv zu begegnen,

hat der LWV an allen Klinikstandorten Forensikbeiräte eingerichtet, in denen Vertreter der Kommunen und Bürgervertreter über Planungen und die Arbeit in den Kliniken ausführlich informiert werden. LWV-Landesdirektor Uwe Brückmann hat jetzt einen Bericht über die Arbeit der Forensikbeiräte vorgelegt, der erstmals einen Überblick über das inzwischen vollständig geknüpfte Netz der acht Bürgerbeiräte gibt. „Die Forensikbeiräte haben sich zu einem wichtigen und wirkungsvollen Kommunikationsmittel zwischen Bürgerschaft und Klinikleitung entwickelt“, skizziert der LWV-Chef die Erfahrungen der vergangenen Monate, „und zwar zu

einem Kommunikationsmittel in beide Richtungen“. Ähnlich sieht das auch der Eltviller Bürgermeister Bernhard Hoffmann, der dem dortigen Forensikbeirat vorsitzt: „Der Beirat ist ein wichtiges Instrument, um Ängste der Menschen abzubauen und Vertrauen zu schaffen.“ Nachvollziehbar ist daher auch, dass das Thema „Sicherheit“ in den Beratungen fast aller Beiräte dominierte: „Die Menschen wollen berechtigterweise wissen, ob wir alles dafür tun, um die Sicherheit der Kliniken zu optimieren, dies gilt besonders für die Planungen. Hier konnten wir mehrfach sinnvolle Hinweise der Beiratsmitglieder aufnehmen“, sagt Brückmann. Den rund 200 Frauen und Männern, die in den acht Forensikbeiräten ehrenamtlich arbeiten, dankte Brückmann für ihren Einsatz. Da die Amtszeit der Beiratsmitglieder an die kommunale Wahlperiode gekoppelt ist, werden die Beiräte in den kommenden Monaten neu berufen. (jda)

| Der Bericht über die Arbeit der Beiräte an Kliniken für forensische Psychiatrie 2005 steht unter www.lwv-hessen.de (Menü Gesundheit/Untermenü Forensik) zum Herunterladen zur Verfügung.

Gedenkstätte Hadamar: „Der Wahrheit ins Gesicht sehen...“

Danke, dass Sie so einfühlsam auf die Ihnen nicht bekannten Menschen eingegangen sind. Danke für Ihre Geduld. Es war ein bedrückender, aber auch ein sehr lehrreicher Tag...“ Eine von vielen Reaktionen auf eine Führung oder einen Studientag in der Gedenkstätte Hadamar, der vom LWV betriebenen Gedenkstätte, die an die Opfer der NS-„Euthanasie“-Verbrechen erinnert. Die von der Gedenkstätte kürzlich vorgelegte Bilanz ihrer Arbeit in 2005 belegt ein ungebrochenes Interesse an den schrecklichen Ereignissen in der damaligen Todesanstalt, aber auch ein Interesse daran, welche Schlussfolgerungen heute aus diesem Kapitel deutscher Geschichte zu ziehen sind. Fast 15.000 Besucher/innen, 444 Führungen, 67 Studientage und Seminare – dieses von Jahr zu Jahr wachsende Pensum war von den hauptamtlichen Mitarbeitern der Gedenkstätte nur dank der Unterstützung des Fördervereines und zahlreicher ehrenamtlicher Mitarbeiter zu leisten. Die aktivsten von ihnen waren mit mehr als 30 Führungen dabei und halfen mit, dass 2005 mehr als 41.000

Teilnehmerstunden zusammenkamen. Dennoch konnte die Gedenkstätte nicht alle Nachfragen erfüllen: Besonders in den Monaten März bis Juli musste vielen Gruppen abgesagt werden, auch, weil die Gedenkstätte aus räumlichen Gründen nicht mehr Besucher aufnehmen kann. Ausgebaut hat die Gedenkstätte die Betreuung für Englisch sprechende Besucher. Hier wächst die Nachfrage ebenso wie die pädagogischen Angebote für Menschen mit Lernschwierigkeiten auf ein breites Echo gestoßen sind: 2005 wurden zehn Gruppen mit Menschen dieses Personenkreises pädagogisch betreut, auch wurden die dazu notwendigen didaktischen Unterlagen erarbeitet. Die Arbeit mit

Nachwuchskräften der Krankenpflege gehört zum festen Bestandteil des jährlichen Programms. Sie soll berufsethische Einstellungen festigen: Behinderte und kranke Menschen sind vollwertige Mitglieder unserer Gesellschaft. (jda)



Gedenkstättenarbeit: Teilnehmerinnen einer Feierstunde.

Foto: Gedenkstätte Hadamar

Länger und gesünder arbeiten: „BEM“ soll helfen

Wenn Belegschaften älter werden, werden die gesundheitlichen Probleme größer: Die Zahl behinderter und chronisch kranker Mitarbeiter wird in hessischen Unternehmen ebenso wachsen wie die Zahl der krankheitsbedingten Ausfalltage anzusteigen droht – wenn es den Unternehmen nicht gelingt, durch ganzheitliche und präventive Maßnahmen gegenzusteuern. Ein Zauberwort für solche Konzepte heißt hier: „Betriebliches Eingliederungsmanagement“ (BEM). Gelungene Beispiele dafür will das Integrationsamt des LWV belohnen: Unternehmen mit besonders vorbildlicher Praxis bei der betrieblichen Gesundheitsförderung und der Eingliederung behinderter Mitarbeiter sollen künftig Prämien erhalten. Das Integrationsamt hat 2.600 Unternehmen in Hessen auf diese Prämien aufmerksam gemacht, im Herbst dieses Jahres sollen sie erstmals vergeben werden. LWV-Landesdirektor Uwe Brückmann und der für das Integrationsamt zustän-

dige Beigeordnete Dr. Peter Barkey sind sich sicher: „Eine frühzeitige Hilfestellung für erkrankte Menschen ist wichtig, um deren Kreativität und Produktivität zu erhalten. Auch kann durch eine betriebliche Förderung Einiges dafür getan werden, dass die Gesundheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erhalten bleibt und es erst gar nicht zu chronischen Erkrankungen oder gar Behinderungen kommt.“ All diese Überlegungen gehören zum „BEM“, vor allem aber sollen Prävention und Eingliederung durch betriebliche Vereinbarungen fixiert werden. Nur dann wird es möglich, den Erfolg zu messen und – falls erforderlich – Korrekturen vorzunehmen: „Es geht nicht darum, einen zusätzlichen Aufwand schmackhaft zu machen. Wir wollen zeigen, dass auch die Unternehmen vom BEM profitieren. Sie sparen beispielsweise Lohnfortzahlungskosten und Kosten für Vertretungskräfte bei geringeren Krankenfehlzeiten ein.“ (jda)

Kooperative Kommunikation

„Frauen und Männer können sich nicht verstehen!“ – Geschlechtsspezifisches Sprachverhalten steht schon seit längerer Zeit auf der gesellschaftspolitischen Agenda. Zurzeit nicht ganz vorn, da scheinbar weitgehend abgearbeitet. Der breiten Bestandsaufnahme herrschender Diskriminierungen folgte der Aufruf nach einer veränderten emanzipatorischen Praxis, die mitunter in nicht immer grammatikkonformen und lebensnahen Schreib- und Rederegeln mündete. Da sich beiden Geschlechtern gerecht werdende Kommunikationsregeln nicht im Anhängen des Appendix „-innen“ erschöpfen, geht die Diskussion weiter und rückt nun stärker den Aspekt kommunikativer Kompetenz in den Mittelpunkt, gerade auch im beruflichen Zusammenhang. Die Verfasser einer Studie, die im Auftrag des Landschaftsverbandes Rheinland durchgeführt wurde, haben nun herausgefunden, dass erfolgreiches Kooperieren dann besser funktioniert, wenn auch das „sprachliche Teamwork“ von Frauen und Männern am Arbeitsplatz klappt. Ergebnis der Untersuchung: Männliche und weibliche „Stilzüge“ im Kommuni-

kationsverhalten sind noch immer festzustellen, sie sind aber nicht biologisch festgelegt, sondern sozial beeinflusst. Die Autoren sprechen daher von „sozialen Geschlechtern“, da die Persönlichkeitsstrukturen aller Menschen immer auch Anteile des Gegengeschlechts einschließen. Unterschiedliches Kommunikationsverhalten kann zu Missverständnissen führen oder Beziehungsstörungen erzeugen: So versucht der männliche Kommunikationstyp durch „rituelle Opposition“ Kompetenz zu beweisen, meidet der weibliche Kommunikationstyp häufig durch unpersönliche Formulierungen eindeutige Aufgabenzuweisungen. Gelegenheit zur Reflexion und (Selbst-)Erkenntnis bietet ein nun erschienener Leitfaden, der helfen soll, zum erfolgreichen sprachlichen Teamwork von Frauen und Männern am Arbeitsplatz beizutragen. (jda)

| „Miteinander reden – erfolgreich kooperieren“ kann gegen eine Schutzgebühr von 5 Euro beim Landschaftsverband Rheinland, Amt für rheinische Landeskunde, angefordert werden (Tel.: 02 28 / 9 83 42 08 oder arl@lvr.de).

Drei Fragen an den Experten



Anton Gözl, Datenschutzbeauftragter des ZSP Bergstraße. Foto: privat

Psychiatrie und Datenschutz

LWV-Info: Welche Patientendaten dürfen in psychiatrischen Einrichtungen erhoben werden und was ist bei der digitalen Erhebung zu beachten?

Gözl: Medizinische Daten in der Psychiatrie sind besonders intim, da sie Auskunft über den Gesundheitszustand des Patienten, aber auch über dessen psychischen Stärken und Schwächen geben. Daher gilt ein besonderer gesetzlicher und standesrechtlicher Schutz. Für digitale Daten muss der Zugriff strikt geregelt sein. Verarbeitet, gespeichert und übermittelt werden dürfen Patientendaten nur, wenn jederzeit Datensicherheit gewährleistet ist.

LWV-Info: Welche Patientendaten dürfen an Krankenkassen, Hausärzte, Angehörige und Behörden weitergeleitet werden?

Gözl: An Krankenkassen werden vornehmlich Daten weitergegeben, die zur Abrechnung erforderlich sind. Darüber hinaus haben Krankenkassen das Recht, diese Daten zu überprüfen und damit auch Akten einzusehen. Informationen an Hausärzte, Angehörige oder Behörden verlangen dagegen die ausdrückliche Zustimmung des Patienten.

LWV-Info: Welche Rechte hat der Patient auf Akteneinsicht und gibt es im Rahmen von Therapien Beschränkungen der Akteneinsicht für den Patienten?

Gözl: Der Patient hat grundsätzlich ein Recht auf korrekte Verarbeitung und Speicherung seiner Daten, aber auch auf deren Einsicht und Überprüfung. Wenn „Rechte Dritter“ berührt werden oder wenn durch medizinische Informationen die Gesundheit des Patienten gefährdet wird, können Ärzte Einsichts- und Informationsrechte einschränken.

| Interview: Ruth Brede-Deppe



Einblick in eine bunte Welt: Bischof Dr. Franz Kamphaus mit Schülerinnen und Schülern der Freiherr-von-Schütz-Schule. Foto: Freiherr-von-Schütz-Schule

Bischof besucht von-Schütz-Schule

Die Reise nach Bad Camberg in die Freiherr-von-Schütz-Schule wurde für den Limburger Bischof Dr. Franz Kamphaus eine „Reise in die Welt“. So nämlich hatten die Schülerinnen und Schüler ihre Projektwoche genannt, die beim Besuch des Bischofs im LWV-Förderzentrum für hörgeschädigte Kinder und Jugendliche gerade abgeschlossen war und deren Ergebnisse sie ihm stolz vorstellten. Doch nicht nur von der Begegnung mit den Schülern zeigte sich der Kirchenmann beeindruckt: Schulleiter Bernd Schlösser und sein Schulleitungsteam konnten demonstrieren, dass rund 500 hörgeschädigte Kinder und

Jugendliche eine optimale Förderung erhalten, die bei der Frühförderung beginnt und bis zum Schulabschluss reicht. Dabei wächst der Anteil der Schüler, die ambulant gefördert werden, stetig. Durch Frühförderung und begleitende Hilfen können sie wohnortnahe Schulen besuchen. Bischof Kamphaus, der von Gehörlosensorge Christian Enke begleitet wurde, lobte das pädagogische Angebot. Auch für den Neubau und die sanierten Nachbargebäude hatte Kamphaus ein Kompliment parat: Sie seien ein Gewinn für das Stadtbild Bad Cambergs. (jda)

Prüfung in Pneumatik

Sechs Wochen dauerte das erste Ausbildungsmodul in „Steuerungstechnik – Pneumatik“, dann hielten zehn Patienten der Klinik für forensische Psychiatrie in Hadamar ihre Urkunden über die erfolgreich durchstandene Prüfung überglücklich in ihren Händen. Konzentriert, mit viel Ehrgeiz und Lernfleiß hätten die Teilnehmer alle Anforderungen des schwierigen Stoffes gemeistert, lobte Ausbilder Lars Bartscheid vom Berufsfortbildungswerk (bfw) Wetzlar. Auch die Klinikvertreter zeigten sich vom Einsatzwillen der Prüflinge angetan: Ein Baustein für die eigene berufliche Perspektive sei gesetzt, unterstrich Klinikchef Ralf Wolf. Wer will, kann weitermachen: Die Klinik wird interessierten Patienten in Zusammenarbeit mit dem bfw weitere Qualifizierungen anbieten. Klaus Hohnel/(jda)

Bei der Prüfung stellten die „Auszubildenden“ ihr erworbenes Wissen unter Beweis. Foto: Klinik für forensische Psychiatrie Hadamar



Ibo beim Besitzerwechsel (v. l.): Hermann Seibel, Matthias Rohleder, Stationsleiter Horst Bomm, Wolfgang Lomp, Frank Hecker (alle Hofgut Fischbach); Uwe Hesse und Hartmut Müller vom Zuchtbetrieb Rengershausen; Volker Schmidt, Gerwin Bormann und Harald Möller (alle Hofgut Fischbach). Foto: ZSP Haina

Der Bulle vom Hof Fischbach

Ibo, so lautet der Name des Jungbullen, der im April vergangenen Jahres auf dem Hofgut Fischbach, einer Außenstelle der Klinik für gerichtliche Psychiatrie Haina, geboren wurde. Jüngst machte der Jungbulle „Karriere“: Im vergangenen Mai wurde er mit hohen Noten „gekört“, d. h. nach den Regeln und Gesetzen des zuständigen Zuchtverbandes als besonders geeignet zur Zucht seiner Rasse befunden. Ibo gehört zum „Roten Höhenvieh“, das in den 80er Jahren fast ausgestorben war. „Wir freuen uns über die Körung von Ibo, den wir an einen anerkannten

Betrieb abgegeben haben. Solche Erfolge motivieren alle, die auf dem Hof arbeiten, für die alltägliche Arbeit“, erläutert Horst Bomm, der als Stationsleiter für das Hofgut zuständig ist. Auf dem Gut Fischbach arbeiten derzeit 12 Patienten im Rahmen der Beschäftigungstherapie in der Landwirtschaft. Zum Hof gehören 20 Hektar Land. Dort werden außer dem „Roten Höhenvieh“ auch Zucht- und Mastschweine gehalten. Neben der Therapie wird so ein wertvoller Beitrag zur Erhaltung von Kulturgut des ländlichen Raums geleistet. (rvk/jda)



Jubiläum im Zeichen der Fußball-WM: Leitender Arzt Artur Diethelm (2. v. l.) schneidet mit seinen Mitarbeitern Rüdiger Pfau, Helen Baginski, Johanna von Amerongen und Sven Hoffmann das süße Eckige an. Foto: Dieter Becker

„Klinik ohne Betten“ feiert Dreißigsten

„Der Bamberger Hof, ein Haus mit Tradition“, hieß es einst über das langjährige Frankfurter Renommierhotel. Heute steht der Name für ein innovatives psychiatrisches Angebot. Seit nunmehr 30 Jahren bietet die zum Zentrum für Soziale Psychiatrie Hochtanus gGmbH in Friedrichsdorf als Abteilung gehörende „Klinik ohne Betten“ für ihre psy-

chisch kranken Patientinnen und Patienten aus der Stadt Frankfurt medizinische Hilfen und Unterstützung – so werden Patienten der „Ambulanten Psychiatrischen Akutbehandlung zu Hause“ (APAH) versorgt. Zusätzlich stehen eine Tagesklinik und die Institutsambulanz zur Verfügung. Am jetzigen Standort im Oeder Weg trafen sich im Juni Patien-

ten, Angehörige, Mitarbeiter und Vertreter der Stadt mit interessierten Anwohnern zu einer Feierstunde. LWV-Beigeordneter und Aufsichtsratsvorsitzender Dr. Peter Barkey erinnerte an die zahlreichen nicht immer einfachen Aufbau- und Reformschritte, ehe das heutige Angebot im Jahre 2003 schließlich mit den Krankenkassen als Kostenträgern und dem Hessischen Sozialministerium dauerhaft vereinbart werden konnte.

„‘APAH‘ gehört mittlerweile genauso selbstverständlich zum Bamberger Hof, wie die Klinik in der Stadt Frankfurt verwurzelt ist“, betonte der Leitende Arzt der Einrichtung, Artur Diethelm. Bereits mit der Gründung des Bamberger Hofes habe der LWV Hessen in den 70er Jahren gezielt ein Zeichen gesetzt: Psychiatrische Behandlungsangebote sollten zu den Menschen kommen – und nicht umgekehrt, wie es damals noch bundesweit üblich war. In der Folgezeit sei es im Interesse der Patienten und ihrer Angehörigen gelungen, die ambulanten und teilstationären Behandlungsansätze konsequent weiterzuentwickeln. „Dass der Bamberger Hof heute den Beinamen ‘Klinik ohne Betten‘ trägt und sich viele Experten aus dem In- und Ausland für unsere innovativen Behandlungsangebote interessieren, erfüllt uns daher mit Stolz“, sagte Diethelm. (jda)



Das Team der Frauenstation der KfP Hadamar. Foto: KfP Hadamar

Sind Frauen „anders“ anders?

lautete der Titel der 2. Hadamarer Fraueneinfachtagung, die das gesamte Team der Frauenstation mit großem Engagement im Mai in der Klinik für forensi-

sche Psychiatrie (KfP) organisiert hatte. Mit Erfolg: 160 Expertinnen und Experten trafen sich, um sich mit dem Thema der Persönlichkeitsstörungen von Frau-

en im Maßregelvollzug auseinander zu setzen. Dieses Thema wurde gewählt, weil bei einem hohen Prozentsatz der Patientinnen im Maßregelvollzug die Diagnose Persönlichkeitsstörung gestellt wird.

Diese bundesweit einzige Tagung, die sich mit Frauen im Maßregelvollzug beschäftigt, knüpfte inhaltlich insofern an die erste an, als dort bereits deutlich geworden war, dass suchtkranke Rechtsbrecherinnen aufgrund ihrer Sozialisation andere Problematiken und Krankheitsbilder aufweisen als ihre männlichen Mitpatienten. Eine gemischtgeschlechtliche Behandlung gefährde, so die Initiatorin der Tagung, Dr. Margarethe Philipp, den Therapieerfolg bei Frauen. Ziel der Tagung war, unterschiedliche Sozialisationen von Frauen zu betrachten, Übereinstimmungen zu erkennen und daraus die Schlussfolgerungen für die Behandlung mit unterschiedlichen therapeutischen Ansätzen zu ziehen. (rvk)



Zahlreiche Veränderungen: Mitarbeiter/innen bei einer Schulungsveranstaltung zum neuen TVöD. Foto: Monika Brauns

fähigkeit sowie der Qualität der Leistungen und Effizienz der Leistungserbringung durch stärkere Zielorientierung

- Verbesserung der Führung durch ein neues einheitliches Führungsinstrument
- Verbesserung der Motivation und der Zufriedenheit der Mitarbeiter/innen durch materielle und ideelle Anerkennung
- Stärkung der Eigenverantwortlichkeit, des Engagements und der Flexibilität der Mitarbeiter
- Schaffung eines gerechten, einheitlichen und transparenten Leistungsentgeltsystems.

Leistung soll sich lohnen

Der neue Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) sieht ab Anfang 2007 die Möglichkeit einer leistungsorientierten Vergütung für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor. Dieses Leistungsentgelt wird zusätzlich zum normalen Monatsentgelt gezahlt. Die Details des Leistungsentgeltes werden in einer Dienst- bzw. Betriebsvereinbarung geregelt, die für die Eigenbetriebe und Gesellschaften des LWV einheitlich gelten soll.

In die Projektgruppe, die Jochen Schütz leitet, der im Servicebereich Personal

und Organisation für die Personalangelegenheiten der Einrichtungen zuständig ist, sind sowohl Vertreter der einzelnen Berufsgruppen als auch Personalrats- und Betriebsratsvertreter einbezogen. Ein paritätisch besetzter Projektausschuss unter Leitung von Landesdirektor Uwe Brückmann begleitet das Projekt.

Als erste Ergebnisse der Projektarbeit wurden gemeinsame Ziele definiert, die mit der Einführung des Leistungsentgeltes erreicht werden sollen. Diese sind:

- Verbesserung der Wettbewerbs-

Die Einführung des Leistungsentgeltes erfordert Kriterien für Zielvereinbarungen und zur Bewertung von Leistungen. Um möglichst für alle Arbeitsbereiche Ziele und Kennzahlen zu entwickeln, sollen in jeder Einrichtung jeweils zwei teambezogene Testworkshops mit je ca. 6 bis 8 Teilnehmern stattfinden. Ziel ist es, durch die Testworkshops alle Arbeitsfelder und Berufsgruppen in das Projekt einzubeziehen.

Die Dienstvereinbarung soll im Herbst 2006 unterzeichnet werden. Dann steht noch ausreichend Zeit für Schulungen und Informationsveranstaltungen zur Verfügung. (jda)

Neues Hoch: 8,68 % schwerbehinderte Mitarbeiter beim LWV

In den LWV-Verwaltungen, seinen Regie- und Eigenbetrieben arbeiteten Ende 2005 insgesamt 634 schwerbehinderte Menschen. Damit wuchs der prozentuale Anteil in 2005 gegenüber dem Vorjahr von 8,51 % auf 8,68 %. Der LWV kann somit sowohl die gesetzlich vorgeschriebene Quote von 5 % als auch die Vorgabe seiner Verbandsversammlung von 6 % deutlich übertreffen. „In unserer Funktion als hessisches Integrationsamt weisen wir häufig darauf hin, dass behinderte Menschen in jedem Unternehmen profunde Arbeit leisten können. Wie ernst uns dieses Anliegen ist, unterstreichen wir dadurch, dass der Anteil der Mitarbeiter mit Behinderungen beim LWV erneut gesteigert werden konnte“, kommentierte LWV-Landesdirektor Uwe Brückmann die vorliegenden Zahlen.

Die höchsten Quoten verzeichnen LWV-Schulen (Schule am Sommerhoffpark, Frankfurt: 26,87 %) und Verwaltungen (Regionalverwaltung Wiesbaden: 18,28 %), aber auch in etlichen Zentren für Soziale Psychiatrie liegt die Quote über der gesetzlichen Pflichtzahl. Das ist deshalb hervorzuheben, weil behinderten-gerechte Arbeitsplätze in der Krankenpflege schwieriger einzurichten sind.

Ausbildung wird großgeschrieben

Anstrengungen unternimmt der LWV auch bei der Ausbildung: Für junge schwerbehinderte Menschen werden beim LWV in verschiedenen Tätigkeitsfeldern Ausbildungsplätze angeboten. In den Integrationsvereinbarungen zur Teilhabe behinderter Menschen am

Arbeitsleben wurde für die Zentralverwaltungen vereinbart, dass pro Jahr mindestens ein Ausbildungsplatz bei entsprechender Qualifikation mit einem schwerbehinderten Menschen besetzt wird. So haben im Herbst 2005 eine sehbehinderte Inspektoranwärterin sowie ein (Schwerbehinderter) gleichgestellter Inspektoranwärter ihre berufliche Laufbahn in der Hauptverwaltung begonnen. (rvk)

Beschäftigungsanteil schwerbehinderter Menschen beim LWV Hessen

2002	=	7,43 %
2003	=	7,85 %
2004	=	8,51 %
2005	=	8,68 %



Fachlicher Austausch (v. l.): Dr. Christina Vanja, Dr. Sheldon Rubinfeld, Dr. Peter Barkey, Marci Regan Dallas und Susan Llanes-Myers vor einer Vitrine im Ständehaus. Im Lichthof gab die Ausstellung „Lebensspuren“ einen Eindruck vom Schicksal der NS-„Euthanasie“-Opfer.

Foto: Jörg Daniel

Exponate nach Houston

Neben dem international renommierten Holocaust Museum in Washington erinnert in den USA ein weiteres Gedenkzentrum an die Ermordung der europäi-

schen Juden. Das im texanischen Houston angesiedelte Museum plant für 2007 eine Ausstellung zum Thema „Medizinische Ethik in Nazi-Deutsch-

land“. Auf einer Recherche-Tour durch Europa haben Direktorin Susan Llanes-Myers, Kuratorin Marci Regan Dallas und Berater Dr. Sheldon Rubinfeld auch dem LWV-Archiv einen Besuch abgestattet und in Beigeordnetem Dr. Peter Barkey und Archivarin Dr. Christina Vanja zwei interessierte und kooperationsbereite Gesprächspartner gefunden: Der LWV wird für die Ausstellung neben einer Reihe von Fotografien auch Auszüge aus Krankenakten von in Hadamar ermordeten, insbesondere jüdischen Patienten als Ausstellungsexponate zur Verfügung stellen. (jda)

Sprechen Sie integrativ?

Das Ende 2004 vom Hessischen Landtag verabschiedete Gleichstellungsgesetz verpflichtet alle Landesbehörden, für hörbehinderte Menschen den Gebrauch der Deutschen Gebärdensprache zu ermöglichen. Auch den kommunalen Gebietskörperschaften wird nahegelegt, ein solches Angebot bereitzuhalten. Um den dadurch bei Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern entstandenen Qualifikationsbedarf zu decken, aber auch, um generell zu einer besseren Integration von Gehörlosen in die Gesellschaft beizutragen, hat der Landesverband der Gehörlosen Hessen e. V. ein umfangreiches Schulungsprogramm aufgelegt. Dort können alle, die beruflich oder privat die Gebärdensprache benutzen wollen, Sprachkurse für das jeweilige Niveau besuchen. Die Kurse sind in fünf Niveaustufen gegliedert. Ein Kurs dauert vier Tage und findet im Regelfall an zwei Freitagen und zwei Samstagen statt. Neu im Angebot für 2006 sind Gebärdensprachkurse, die als Bildungsurlaub anerkannt wurden. Gehörlose und hörgeschädigte Menschen mit den besonderen Möglichkeiten der Computertechnologie vertraut



zu machen, verfolgt ein weiteres Seminarangebot, bei dem in marktgängigen wie auch in speziell für hörgeschädigte Menschen entwickelten Programmpaketen geschult wird. Der für das Integrationsamt zuständige Beigeordnete Dr. Peter Barkey weist darauf hin, dass bei beruflicher Notwendigkeit der Besuch dieser Kurse auf Antrag bezuschusst werden kann. Dabei können Interessenten Kurse in Gebärdensprache, die von gehörlosen Dozenten durchgeführt werden, auch als Arbeitsplatzanweisungen buchen. Weitere Neuerung: Als besonderen Service bietet der Verein für Krankenhäuser, bei Polizeieinsätzen oder Unfällen künftig unter der Telefonnummer 08 00 / 4 54 37 73 einen 24-Stunden-Notdienst für Übersetzungen in Gebärdensprache an. Für alle, die noch nicht integrativ sprechen. (jda)/(cgy)

| Weitere Informationen unter
Tel.: 0 69 / 46 99 91 - 15 oder
www.gl-hessen.de

Mehr Raum für Ergotherapie

Die gerontopsychiatrische Tagesstätte Haus Bornberg – sie gehört zur ZSP Hochtaunus gGmbH in Friedrichsdorf – hat ihr beschäftigungstherapeutisches Angebot für Menschen mit einer Demenzerkrankung verbreitert: Nun können bis zu 13 Tagespflegegäste am Gedächtnistraining wie auch an der Ergotherapie teilnehmen. Beide Gruppenangebote zielen vor allem auf den Erhalt bestehender geistiger Fähigkeiten ab. „Geistige Beweglichkeit im Alter gibt es nicht zum Nulltarif“, erläutert stellvertretende Pflegedienstleiterin Anita Bingart. Es komme darauf an, die „grauen Zellen“ der Senioren Tag für Tag zu trainieren, ohne sie zu überfordern. Über die gemeinsame Tätigkeit werde Vertrauen zwischen den alten Menschen und dem Pflegepersonal aufgebaut: „Beim gemeinsamen Basteln kommt man sich automatisch näher“, weiß Bingart. Auch könne beim Malen ein geschulter Blick auf die Pinselführung erkennen lassen, wie weit die Erkrankung fortgeschritten sei. Dieter Becker/(jda)

Weder richtig krank noch völlig gesund: Die Idee der Salutogenese

Familie S. hat große Probleme: Herr S. ist bereits seit mehreren Jahren arbeitslos. Um die hiermit verbundenen Belastungen auszuhalten, greift er immer wieder zu alkoholischen Getränken. Im Zustand der Trunkenheit kommt es oft zu erheblichen Konflikten zwischen den Eltern – meist in Form lautstarker Auseinandersetzungen, in einigen Fällen auch in Form körperlicher Gewalt.

Auch Frau S. geht es nicht gut. Die Verantwortung für die drei gemeinsamen Kinder, die Lebenssituation ihres Partners und finanzielle Nöte machen ihr sehr zu schaffen. Sie gerät immer wieder in „depressive Krisen“, im Rahmen derer sie kaum in der Lage ist, ihre Alltagspflichten zu erfüllen.

Der älteste Sohn Michael (17 Jahre) hat Schwierigkeiten in der Schule. Seine Freizeit verbringt er mit sozial auffälligen Jugendlichen. Im Freundeskreis ist der Konsum von alkoholischen Getränken und das „Kiffen“ gang und gäbe.*

Die Tochter Sarah (14 Jahre) kann „gerade so“ noch den Leistungsanforderungen auf der Realschule standhalten. Oft fühlt sie sich von den Problemen, denen sie in ihrer Familie, der Schule und auch im Kreise der Gleichaltrigen ausgesetzt ist, überfordert. Ihren Frust scheint Sarah alleine mit sich auszumachen. Innerhalb der letzten zwei Jahre hat sie insgesamt 15 Kilo zugenommen, wodurch sie nun sichtbar übergewichtig ist.

Der jüngste Sohn Sven (9 Jahre) dagegen scheint „gar keine Probleme“ zu haben. Er besucht die dritte Klasse der Grundschule mit guten Leistungen. Sven wird zumeist als fröhliches und ausgeglichenes Kind erlebt. Nachmittags ist er ständig mit anderen Kindern unterwegs, zumeist um seiner Leidenschaft für Fußball nachzugehen.

* Namen geändert

Warum bleibt Sven gesund, obwohl er in einem sehr schwierigen Lebensumfeld aufwächst?

Warum haben die anderen Familienmitglieder dagegen so große Probleme, mit den Alltagsbelastungen umzugehen? Warum bleiben Menschen gesund? Was hilft Menschen, möglichst schnell nach Erkrankungen „heil zu werden“? Diese Fragestellungen standen im Mittelpunkt einer Fortbildungsveranstaltung der Klinik „Rheinhöhe“ am ZSP Rheinblick in Eltville, die sich mit den Konzepten der „Salutogenese“ und der „Resilienz“ auseinandersetzte.

Ein neuer Weg

Der Begriff „Salutogenese“ (Entstehen von Gesundheit) geht auf den amerikanisch-israelischen Medizinsoziologen Aaron Antonovsky (1923–1994) zurück. Antonovsky gibt in seinen wissen-



@ www.annahartmann.net

schaftlichen Werken der Frage, warum Menschen gesund bleiben, den Vorrang vor der Frage nach den Ursachen von Krankheiten und Risikofaktoren.

In der „Skifahrermetapher“ legt Antonovsky seine Überlegungen dar: „... wir alle fahren im Verlauf unseres Lebens eine Skipiste herunter“. Zumeist kümmert sich die Medizin um diejenigen, „die an einen Felsen gefahren sind, an einen Baum, mit einem anderen Skifahrer zusammengestoßen sind oder in eine Gletscherspalte fielen“. Die Medizin hat die Aufgabe, den Schaden zu reparieren oder empfiehlt, doch besser gar nicht mehr Ski zu fahren, um die Gesundheit zu schonen. Nach Antonovskys salutogenetischem Konzept solle an Stelle des Reparatur- oder Vermeidungsgedankens jedoch die Überlegung gestellt werden, „wie man die Menschen zu sehr guten Skifahrern machen kann ...“.

Antonovsky geht davon aus, dass es bei Menschen keine klare Abgrenzung zwischen „gesund“ und „krank“ gibt: Jeder Mensch – auch wenn er sich als überwiegend „gesund“ erlebt – hat auch „kranke“ Anteile (z. B. eine Allergie, gelegentliche Kopf- oder Rückenschmerzen, leichtere psychische Verstimmungen). Für die Befindlichkeit ist es somit bedeutungsvoll, ob sich der Mensch

eher dem „Gesundheitspol“ oder aber dem „Krankheitspol“ nähert.

Das zentrale Konstrukt im Rahmen des salutogenetischen Modells ist das sog. „Kohärenzgefühl“. Je ausgeprägter das Kohärenzgefühl ist, desto gesünder ist ein Mensch, bzw. desto schneller wird er nach einer Erkrankung wieder gesund – so Antonovsky. Er beschreibt das Kohärenzgefühl als eine „grundlegende Lebenseinstellung, die ausdrückt, in welchem Ausmaß jemand ein ... Gefühl der Zuversicht hat, dass sein Leben vorhersagbar ist und eine hohe Wahrscheinlichkeit besteht, dass sich seine Angelegenheiten so gut entwickeln, wie man es vernünftigerweise erwarten kann ...“.

Das Kohärenzgefühl entsteht im Laufe von Kindheit und Jugend und wird ganz wesentlich durch Erfahrungen beeinflusst, die ein Mensch in seiner Familie, der Schule, im Freundeskreis und in seiner Freizeit macht.

RESSOURCEN

Ressourcen statt Symptome

Antonovsky geht davon aus, dass Menschen mit einem hohen Kohärenzgefühl die Gewissheit haben, schwierige Alltagssituationen und Probleme verstehen zu können. Sie sind überzeugt, diese auch zu bewältigen und haben die Einstellung, dass Anforderungen des Lebensalltags auch „irgendwie“ sinnhaft oder bedeutungsvoll sind, so dass Probleme es wert sind, sich mit ihnen auseinanderzusetzen. Diese Personen haben somit relativ gute Voraussetzungen, um mit Stresssituationen umzugehen. Antonovsky formuliert die Hypothese, dass sich das Kohärenzgefühl positiv auf den menschlichen Organismus auswirkt, indem es z. B. das Immunsystem stärkt und stressbedingte körperliche Anspannung reduziert. Hierdurch erklärt er die positiven Effekte auf Gesunderhaltung und Heilung. Gemeinsame Aufgabe von Eltern, Verwandten, Freunden, Lehrern, Ärzten, Therapeuten, Beratern und anderen professionellen Helfern sollte es sein, die Entwicklung eines hohen Kohärenzgefühls bei Kindern und Jugendlichen zu fördern, so dass sie es schaffen – wie der kleine Sven in unserem Fallbeispiel –, trotz unterschiedlichster „Stressfaktoren“ gesund zu bleiben.

Dr. Dietmar Eglinsky

| Zum Weiterlesen

Aaron Antonovsky: Salutogenese. Zur Entmystifizierung der Gesundheit, Tübingen 1997

Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (Hg.): Was erhält den Menschen gesund? Antonovskys Modell der Salutogenese, Diskussionsstand und Stellenwert, Köln 1998

Corinna Wustmann: Resilienz. Widerstandsfähigkeit von Kindern in Tageseinrichtungen fördern, Weinheim und Basel 2004

„Sinnhaftigkeit vermitteln“



Prof. Dr. Hartmut Berger, Ärztlicher Direktor des Zentrums für Soziale Psychiatrie Philipps hospital.

Foto: Michael Spallek

LWW-Info: Herr Professor Berger, wie werden Kinder „resilient“?

Berger: Wichtig ist, dass man Kinder nicht überfordert. Man muss ihnen Aufgaben stellen, die innerhalb ihrer altersbedingten Möglichkeiten liegen. Wenn man ein dreijähriges Kind zum Schwimmen in ein großes Schwimmbecken schickt, wird es voraussichtlich ertrinken. Wenn man mit ihm aber in einem Nichtschwimmerbecken übt, wird es schwimmen lernen. Außerdem muss man dem Kind die Sinnhaftigkeit des Schwimmens und die Freude daran vermitteln. Leider geht die Sinnhaftigkeit in der Pädagogik gelegentlich verloren.

LWW-Info: Ist die Salutogenese in der Psychiatrie und Psychologie allgemein anerkannt?

Berger: In unserer Klinik hat die Salutogenese einen hohen Stellenwert. So war die Walter-Picard-Klinik die erste psychiatrische Klinik in der Bundesrepublik, die an einem Modellprojekt der Weltgesundheitsorganisation zur Umsetzung und Erprobung gesundheitsfördernder Maßnahmen in Krankenhäusern teilnahm. Das Projekt verlief erfolgreich, wie mehrere Veröffentlichungen belegen. Inzwischen leitet unsere Klinik ein informelles Netzwerk von circa 100 psychiatrischen Kliniken in Europa, die sich in besonderem Maße um die Umsetzung gesundheitsfördernder Strategien in der Psychiatrie bemühen und hierüber in einem regelmäßigen Austausch stehen. In diesem Rahmen haben wir unter anderem ein besonderes Programm der Psychoedukation für Familien schizophrener Erkrankter entwickelt und ausgewertet. Wir konnten dabei zeigen, dass die Krankheitsbewältigung in solcherart geschulten Familien besser gelingt und dadurch die Rückfallraten auf 20 % pro Jahr gesenkt werden können im Vergleich zu 60 % bei Familien, die nicht an der Psychoedukativen Familienintervention teilnehmen. Zudem werden wir uns dem von der EU und der WHO unterstützten Netzwerk rauchfreier Krankenhäuser anschließen. Dies ist keine leichte Aufgabe in einem Zentrum für Psychiatrie. Weiterhin scheint es mir wichtig, gerade in einem psychiatrischen Krankenhaus gesundes Essen anzubieten. Andere gelungene Beispiele für gesundheitsfördernde und präventive Maßnahmen sind die Antistigmakampagne und das Bündnis gegen Depression. Viele seelisch kranke Menschen lassen sich nämlich aus Angst vor Stigmatisierung nicht oder nicht fachgerecht behandeln. Trotz unseres Wissens über die Effektivität präventiver Maßnahmen hat Prävention und Gesundheitsförderung in der Psychiatrie nicht den Stellenwert, der ihr zukommt. Dabei wäre es alleine schon aus Kostengründen wichtig, präventiv zu arbeiten. Allerdings gibt es keine geregelte Finanzierung von Prävention und Gesundheitsförderung.

LWW-Info: Warum sind bestimmte Kinder aus Problemfamilien resilient und andere nicht?

Berger: Das liegt wahrscheinlich an unterschiedlichen Bewältigungsstrategien der Geschwister. Bei den Zweit- und Drittgeborenen sind die Eltern bei der Erziehung ruhiger und gelassener als bei den Erstgeborenen. Außerdem gibt es natürlich noch genetische Unterschiede.

Interview: Dr. Constantin Gora



Talkshow mit Patienten und Mitarbeitern: „Geschichte und Geschichten aus dem Suchtbereich“. Foto: KPP Gießen

25 Jahre qualifizierte Suchtbehandlung in Gießen

Anfang der achtziger Jahre setzte sich das Bewusstsein durch, dass die Behandlung suchtkranker Patienten nicht auf den allgemeinpsychiatrischen Stationen „miterledigt“ werden kann,

sondern besondere Behandlungskonzepte und Stationen erfordert. Eine der ersten Kliniken, die eine spezielle Suchtstation einrichtete, um abhängige Patienten zu behandeln, war die LWV-Klinik

für Psychiatrie und Psychotherapie in Gießen, deren Suchtbereich Anfang Juli sein 25-jähriges Jubiläum mit einem breiten Informations- und Unterhaltungsangebot feierte.

1980 begannen die Gießener unter fachlicher Leitung des Diplom-Psychologen Jörg Fischer mit einer Station für Alkoholabhängige, nach und nach wurde das Angebot weiterentwickelt und auf drei spezialisierte Stationen im Suchthilfebereich, eine Methadonambulanz sowie eine Übergangseinrichtung für Drogenabhängige ausgebaut. (rvk)

Ältere Menschen mit Behinderung

Die „Fachlichen Leitlinien und Empfehlungen“ für Lebensräume älterer Menschen mit Behinderung, die die LWV-Verbandsversammlung im Juni 2002 beschlossen hat, sind heute Handlungsgrundlage der täglichen Arbeit der LWV-Zielgruppenmanagements. Dabei ist der LWV als überörtlicher Träger der Sozialhilfe nicht nur Initiator und Berater z. B. bei regionalen und überregionalen Planungsprozessen, sondern fördert finanziell gezielt Projekte im Bereich Lebensräume für ältere Menschen mit Behinderung. Wesentlicher Blickpunkt des LWV in den Gesprächen und Planungen ist die Vernetzung mit der örtlichen Ebene, insbesondere mit der Altenhilfe und Pflege.

Einen zukünftigen Schwerpunkt sehen die LWV-Zielgruppenmanagements hier in der Weiterentwicklung der bestehenden individuell ausgerichteten Angebote wie „Wohnen im Verbund“ oder „Persönliches Budget“ auf die Belange älterer Menschen mit Behinderung. Das geht aus dem LWV-Bericht hervor, der die Entwicklung, die Umsetzung und Perspektiven seit der Beschlussfassung der „Fachlichen Leitlinien“ darstellt und bewertet. (rvk)

Kunst kennt keine Behinderung

„Gemalt wird, was bewegt“. Vielfältige Motive und Techniken enthält eine Ausstellung, die zurzeit in der LWV-Regionalverwaltung in Darmstadt gezeigt wird. Bis zum 15. September 2006 sind dort rund 100 Bilder zu sehen, die von künstlerisch aktiven Menschen, die in Wohneinrichtungen der Behindertenhilfe Bergstraße leben, geschaffen wurden.

den. Gezeigt werden Menschen und Tiere, auch Landschaften und einzelne Objekte, die von den Künstlern mit Öl- und Acrylfarben oder mit Eddingstiften zu Papier und auf die Leinwand gebracht wurden. (jda)

| Die Ausstellung ist montags bis donnerstags von 8 bis 16.30 Uhr und freitags von 8 bis 14.30 Uhr im Foyer der LWV-Regionalverwaltung Darmstadt, Steubenplatz 16, 64293 Darmstadt zu sehen.



Mit Spannung erwarteter Moment: Laienkünstler der Behindertenhilfe Bergstraße zeigen Bilder in der Regionalverwaltung Darmstadt. Foto: Regionalverwaltung Darmstadt

| Weitere Informationen:

Annette Hallenberger,
Stabsstelle Steuerung für den überörtlichen Sozialhilfeträger, Recht, Grundsatz
Tel.: 05 61 / 10 04 – 28 16

E-Mail:
annette.hallenberger@lww-hessen.de

Foto: Michael Grün



Geehrt

Anlässlich seiner Verabschiedung in den Ruhestand ist der langjährige leitende Abteilungsarzt und stellvertretende Ärztliche Direktor der Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie Merxhausen, **Dr. Dr. Ditmar Schott**, im Mai mit der Ehrenplakette in Silber des LWV ausgezeichnet worden. Durch Schotts Initiative seien in seiner über 20-jährigen Tätigkeit beim LWV viele Projekte und Ideen entstanden, die für den psychosozialen Bereich landesweit Schule machten, so ZSP-Betriebsleiter Herbert Dreisbach in seiner Laudatio. Mit seinem „realistischen Optimismus“ habe er stets ansteckend auf alle Beteiligten gewirkt. In der Region Kassel seien die Enthospitalisierung der damaligen psychiatrischen Langzeitpatienten und der Aufbau eines gemeindepsychiatrischen Netzes eng mit dem Namen Schotts verknüpft, sagte Dreisbach bei der Verabschiedung.

Gewechselt

Eine „richtige“ Rentnerin ist sie noch nicht, aber ihre geliebte Schule hat sie verlassen, um in die Freistellungsphase der Altersteilzeit zu gehen: **Heide Marwede** hat sich nach sieben Jahren als Rektorin der Schule am Sommerhoffpark in Frankfurt aus einem langen und äußerst aktiven Berufsleben verabschiedet. Mit zahlreichen Weggefährten blick-

te die Pädagogin auf 36 Berufsjahre und einen stürmischen Wandel in diesem Schulzweig zurück. Dieser habe immer wieder neue Herausforderungen bereitgehalten, die nur mit viel Einfühlungsvermögen zu bewältigen waren. Kreativ und aktiv will Marwede auch im Ruhestand bleiben: Es lockt die bereits als Studentin betriebene Bildhauerei und es locken auch viele ferne Reiseziele.

Nach einer mehr als 11 Jahre währenden Amtszeit als katholischer Klinikseelsorger im Waldkranken-



haus Köppern ist **Bernhard Staufenbiel** verabschiedet worden. Sein Weggang falle ihm nicht leicht, sagte der Geistliche bei der Verabschiedung, zumal er durch die Klinikleitung, aber auch durch die aktive Laienhelfergruppe im Waldkrankenhaus vielfältige Unterstützung erfahren habe. Die Wertschätzung Staufenbiels drückte der stellvertretende Ärztliche Direktor Dr. Wolfgang Gantert aus: „Sie waren ein wichtiger Partner in der Behandlung, aber auch im Leben von vielen uns gemeinsam anvertrauten Menschen.“ Staufenbiel bleibt in der Klinikseelsorge und wechselt an ein Frankfurter Krankenhaus.



Foto: Privat

Aufgefallen

Mit **Dr. Rolf Speier**, dem Ärztlichen Direktor der Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie Haina, und **Prof. Dr. Hartmut Berger**, Ärztlicher Direktor der Walter Picard-Klinik im ZSP Philippshospital, gehören seit kurzem gleich zwei leitende LWV-Mitarbeiter dem Vorstand der Bundesdirektorenkonferenz Psychiatrischer Fachkrankenhäuser (BDK) an. Die BDK vereinigt die ärztlichen Leiter von insgesamt rund 220 psychiatrischen Fachkrankenhäusern und Abteilungen. Dr. Speier wurde in den geschäftsführenden, Dr. Berger in den erweiterten Vorstand gewählt.

Im März bestimmten Bürgerinnen und Bürger über die neue Zusammensetzung der kommunalen Gremien in Hessen. Damit beginnt auch – mit der üblichen zeitlichen Verschiebung nach hinten – für die Selbstverwaltungsgremien des LWV eine neue Wahlperiode. Gegenwärtig werden in sechs Wahlkreisen die neuen Abgeordneten bestimmt, im Dezember kommen sie im Ständehaus zur konstituierenden Sitzung zusammen. Schon jetzt zeichnet sich ab, dass viele, zum Teil langjährige Abgeordnete aus der Verbandsversammlung ausscheiden werden. Zu deren Verabschiedung hat Parlamentspräsident **Kurt-Wilhelm Sauerwein** zu einem Parlamentarischen Abend eingeladen, der am Vorabend der letzten Plenartagung der 13. Wahlperiode im Oktober stattfinden soll. (jda)

Foto: Schule am Sommerhoffpark



Foto: Jörg Daniel



Abschlussprüfung zur Verwaltungsfachwirtin / zum Verwaltungsfachwirt

Regionalverwaltung Wiesbaden

Iris Kempenich | Christine Gölz

Abschlussprüfung zum Fachinformatiker „Anwendungsentwicklung“

Hauptverwaltung Kassel

Mario Langer

Abschlussprüfung zur Kauffrau / zum Kaufmann im Gesundheitswesen

ZSP Philipppshospital, Riedstadt

Meike Vogt | Reinhold Baldewein

25-jähriges Dienstjubiläum

Hauptverwaltung Kassel

Petra Bergmann, Vorzimmersekretärin | Kornelia Kinzl, Amtfrau | Hanna Sauerwald, Oberinspektorin | Klaus Dieter Schröder, Oberinspektor | Ernst Steppeler-Spielmann, Oberinspektor

Regionalverwaltung Darmstadt

Hans Joachim Boettinger, Verwaltungsangestellter

Regionalverwaltung Wiesbaden

Michael Wistof, Oberamtsrat/Regionalmanager

ZSP Mittlere Lahn, Marburg

Ivanka Völker, Hausgehilfin

ZSP Philipppshospital, Riedstadt

Karl-Heinz Nürnberger, Psychologe

ZSP Rehbergpark, Herborn

Evelyn Curth-Schmidt, Dipl.-Psychologin

ZSP Rheinblick, Eltville

Rolf Engels, Dipl.-Psychologe | Gerhard Zieger, Sozialarbeiter | Angelika Kilsbach, Erzieherin | Stefan Arz, Koch | Thomas Klar, Gärtnerleiter | Elmar Schnur, Masseur

Johann-Peter-Schäfer-Schule, Friedberg

Silvia Laudert, Erzieherin

Im Ruhestand

Hauptverwaltung Kassel

Thomas Becker, Verwaltungsangestellter

Regionalverwaltung Wiesbaden

Rainer Dort, Oberinspektor | Herbert Lohaus, Ingenieur/Technischer Berater | Renate Sänger, Verwaltungsangestellte

ZSP Haina (Kloster)

Wilhelm Rohleder, kommiss. Wohngruppenleiter | Rainer Pirner, stellv. Stationspfleger | Irene Gumbel, Erzieherin | Wolfgang Happel, Krankenpfleger | Gerd Wölk, Krankenpfleger | Werner Bornscheuer, Verwaltungsangestellter | Angelika Dettmar, Hausgehilfin | Birgit Vöhl, Krankenpflegehelferin

ZSP Kurhessen, Bad Emstal

Manfred Fengler, Stationspfleger | Hans-Joachim Leber, Pförtner und Telefonist | Dieter Krannich, Kraftfahrer | Dr. Dr. Ditmar Schott, Stellv. Ärztlicher Direktor | Heitrun Koch, Verwaltungsangestellte

ZSP Mittlere Lahn, Gießen

Anneliese Belitz, Krankenschwester | Ingrid Rhode, Krankengymnastin | Holger Homfeld, Verwaltungsangestellter | Heidi Becker, Hausgehilfin | Ulrich Oehlenschläger, Ltd. Abteilungsarzt

Fortbildungszentrum Gießen

Arnd Richter, Verwaltungsobererrat

ZSP Mittlere Lahn, Marburg

Wilhelm Bloh, Kraftfahrer | Anni Bousa, Fachkrankenschwester für Psychiatrie | Marion Wagner, Arzt-schreibkraft | Doris Dittmar, Krankenschwester | Gerd Reichard, Ltd. Dipl.-Psychologe | Martina Bast, Arzt-schreibkraft

ZSP Philipppshospital, Riedstadt

Caterina Casale, Hausgehilfin | Hannelore Feyh, Hausgehilfin | Hildegard Sander, Hausgehilfin | Marianne Friedrich, Kochfrau

ZSP Rheinblick, Eltville

Maria Waldeck, Krankenschwester | Christina Marquardt, Krankenpflegehelferin | Maria Schuh, Hausgehilfin

Ehrenplakette in Silber

Dr. Dr. Ditmar Schott, Leitender Abteilungsarzt, ZSP Kurhessen, Bad Emstal

Neue Namen – Neue Positionen

Gabi Kramwinkel, Frauenbeauftragte der Regionalverwaltung Darmstadt | Carmen Näder, Regionalmanagerin für Menschen mit einer geistigen Behinderung -2-, Regionalverwaltung Darmstadt | Ralf Wolf, Ärztlicher Direktor der Klinik für forensische Psychiatrie ZSP Am Mönchberg, Hadamar | Christiane Müller, Leiterin der Geschäftsstelle Betriebsleitung am ZSP Philipppshospital, Riedstadt

Wir trauern

Lioba Balkow, Erzieherin, Johann-Peter-Schäfer-Schule, Friedberg | Anne Karolina Weiß, Fachkrankenschwester, ZSP Mittlere Lahn, Gießen | Karl-Peter Schäfer, Stationspfleger ZSP Kurhessen, Bad Emstal | Ralf Fischbach, Verwaltungsangestellter, ZSP Rheinblick, Eltville

Die Personalien werden uns von der Personalabteilung der LWV-Hauptverwaltung und den LWV-Einrichtungen direkt geliefert. Die Redaktion trägt für diese Rubrik keine inhaltliche Verantwortung.

LWV im Dialog

Den vollständigen und aktuellen LWV-Veranstaltungskalender finden Sie unter www.lwv-hessen.de

15. September 2006, 13 bis 19 Uhr | Sommerfest der gelebten Gemeindepsychiatrie 2006 mit Info- und Aktionsständen befreundeter Vereine und Institutionen, Veranstalter: Klinik Bamberger Hof, Veranstaltungsort: Klinik Bamberger Hof des Zentrums für Soziale Psychiatrie Hochtaunus, Oeder Weg 46, 60318 Frankfurt am Main, Weitere Infos: 0 61 75 / 79 14 08

16. September 2006, 13.30 bis 18 Uhr | Info-Tag gegen den Schlaganfall mit Infoständen und Fachvorträgen zu den Themen Schlaganfall-Prävention, Schlaganfall-Behandlung, Fitness, gesunde Ernährung, Veranstalter/ Veranstaltungsort: Klinikum Weilmünster gGmbH, Weilstraße 10, 35789 Weilmünster, Weitere Infos: 0 64 72 / 6 03 50

18. und 19. September 2006, 7.30 bis 16 Uhr | Professionelles Handeln in Gewaltsituationen, Workshop nach dem PART-Konzept, Veranstalter/ Veranstaltungsort: Zentrum für Soziale Psychiatrie Am Mönchberg, Festsaal, Mönchberg 8, 65589 Hadamar, Weitere Infos: pdl@zsp-hadamar.de

19. bis 22. September 2006 | „Voll im Trend“ – Fortbildungstage Weilmünster-Herborn 2006 für Bewohner und Mitarbeiter der HPE, Veranstalter: Heilpädagogische Einrichtungen Weilmünster und Herborn, Veranstaltungsort: Weilburg, Weitere Infos: 0 64 72 / 6 03 50

3. Oktober 2006, 10 bis 16 Uhr | Flohmarkt, Veranstalter/ Veranstaltungsort: Zentrum für Soziale Psychiatrie Rheinblick, Gärtnerei, Kloster-Eberbach-Straße 4, 65346 Eltville, Weitere Infos: 0 61 23 / 6 02 – 6 52

4. Oktober 2006, 15 Uhr | Seminar Trauma und seelische Folgen, Veranstalter: Zentrum für Soziale Psychiatrie Rheinblick, Veranstaltungsort: Kulturzentrum Eichberg, Seminarraum, Klo-

ster-Eberbach-Straße 4, 65346 Eltville, Weitere Infos: 0 61 23 / 6 02 – 6 52

10. Oktober 2006, 14.30 bis 16 Uhr | Qualitätssicherung in Krankenhäusern, Veranstalter/ Veranstaltungsort: Zentrum für Soziale Psychiatrie Am Mönchberg, Festsaal, Mönchberg 8, 65589 Hadamar, Weitere Infos: pdl@zsp-hadamar.de

11. Oktober 2006, 9 Uhr | Plenarsitzung der Verbandsversammlung des LWV Hessen, Veranstalter: Landeswohlfahrtsverband Hessen, Veranstaltungsort: LWV Hessen, Ständeplatz 6 – 10, Ständehaus, 34117 Kassel

18. Oktober 2006, 19 Uhr | Die Bandscheibenprothese an Hals- und Lendenwirbelsäule, Ärztefortbildung, Veranstalter/ Veranstaltungsort: Orthopädische Klinik Kassel, Wilhelmshöher Allee 345, 34131 Kassel, Weitere Infos: 05 61 / 3 08 – 43 30

26. bis 27. Oktober 2006, 9.30 Uhr | „Es geht auch anders“ – Innovative Projekte verändern die Gemeindepsychiatrie, Personenzentrierte Hilfen in der Praxis, Veranstalter: Projekt „Wohnen“: Vogelsberger Lebensräume; Behinderten-Werk Main-Kinzig e. V.; Zentrumsmodell Biebesheim: Sozialpsychiatrischer Verein Groß-Gerau e. V.; Projekt „Leistungsfinanzierung“: EVIM e. V. Wiesbaden, Diakonisches Werk Wetterau, Werkgemeinschaft Rehabilitation Wiesbaden e. V., Zentrum für Soziale Psychiatrie Rheinblick – Wohnverbund Wiesbaden, sowie das Zielgruppenmanagement für Menschen mit seelischen Behinderungen und Abhängigkeitskrankungen des LWV Hessen, Veranstaltungsort: Fortbildungszentrum der Landesärztekammer Hessen, Carl-Oelmann-Weg 5, 61231 Bad Nauheim, Weitere Infos: 0 60 58 / 9 17 – 64 80

31. Oktober 2006, 14 bis 16 Uhr | Selbstbewusst und sicher am Arbeitsplatz – Jede Frau und jedes Mädchen kann sich wehren, Veranstalter/ Veranstaltungsort: Zentrum für Soziale Psychiatrie Am Mönchberg, Festsaal, Mönchberg 8, 65589 Hadamar, Weitere Infos: pdl@zsp-hadamar.de

Neu erschienen

■ LWV-Öffentlichkeitsarbeit: „kurz-INFO – Zielgruppenmanagement für Menschen mit einer geistigen Behinderung (Stand: Mai 2006)“

■ LWV-Integrationsamt: „Die Wahl der Schwerbehindertenvertretung“

- Förmliches und vereinfachtes Wahlverfahren
- Wahlformulare
- Wahlkalender

■ LWV-Integrationsamt: „Der Kündigungsschutz für schwerbehinderte Menschen nach dem SGB IX“

■ LWV-Integrationsamt: „Die Schwerbehindertenvertretung“

- Aufgaben
- Rechte und Pflichten
- Handlungsfelder

■ LWV-Archiv: „1897 – 1997, 100 Jahre Krankenhaus Weilmünster, Heilanstalt – Sanatorium – Kliniken, Ausstellung“. Ein Faltblatt.

■ Referat 322 – Überregionale Sonderschulen -: „Bericht über die Erfahrungen und Ergebnisse der pädagogischen Frühförderung hör- und sehgeschädigter Kinder in Hessen. Berichtszeitraum: 01.01.2005 bis 31.12.2005.“ Diese Veröffentlichung steht nur im PDF-Format zur Verfügung.

| Sämtliche Publikationen können unter www.lwv-hessen.de heruntergeladen werden.

Sie sind als Printausgaben auch erhältlich im Servicebereich Öffentlichkeitsarbeit, Tel.: 05 61 / 10 04 – 20 60, E-Mail: iuk@lwv-hessen.de

Mit Behinderungen ist zu rechnen

Un-Korrekte Cartoons

von Phil Hubbe



2. September - 13. Oktober 2006 | Ständehaus

Ständeplatz 6 - 10 | Kassel | Mo - Do 8 - 16 Uhr | Fr 8 - 14 Uhr |



LANDESWOHLFAHRTSVERBAND HESSEN



IMPRESSUM

**LWV-Info. Zeitschrift des
Landeswohlfahrtsverbandes Hessen**

Herausgeber:

Landeswohlfahrtsverband Hessen
Öffentlichkeitsarbeit - Pressestelle
Ständeplatz 6 - 10, 34117 Kassel
Tel.: (05 61) 1004 - 22 13 / 23 68/25 36
Fax: (05 61) 1004 - 26 40
pressestelle@lwv-hessen.de
www.lwv-hessen.de

Redaktion:

Jörg Daniel (jda) (verantw.)
Rose-Marie von Krauss (rvk)

Redaktionsmitarbeit:
Monika Brauns (mbr)
Dr. Constantin Gora (cgy)

Satz und Druck:

Grafische Werkstatt von 1980 GmbH, Kassel

Redaktionsschluss: 30. Juni 2006

Nächster Redaktionsschluss:

29. September 2006

Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier.

Texte dieser Zeitschrift – auch Auszüge – dürfen nur unter Angabe der genauen Quelle und gegen Übersendung eines Belegexemplares genutzt werden. Das LWV-Info finden Sie unter www.lwv-hessen.de auch im Internet. Abonnementsbestellungen richten Sie bitte an die obige Anschrift.